

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Anzeigensätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Freitag, den 11. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Der Wahnsinn des bewaffneten Friedens.

Das Weltkräftigen beschränkt sich nicht auf die europäischen Staaten; auch die Staaten jenseits des Ozeans sind fortgerissen worden, an ihm teilzunehmen. Allen bleibt ebenfalls nicht unberührt. Diese unheilvolle Entwicklung hat natürlich in allen Ländern starke Gegenströmungen erzeugt. So auch in den Vereinigten Staaten. Dort zielt die Bewegung unter Führung hervorragender Politiker dahin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Initiative zu einer Beschränkung des Rüstungswettbewerbes ergreife.

Einige beachtenswerte Äußerungen, die in der letzten Zeit dort in die Öffentlichkeit gelangten, hat nun der bekannte Friedens-Propagandist Wilson H. Fried zusammengezogen und in deutscher Sprache veröffentlicht. Da ist zunächst eine „Der falsche Weg“ betitelte Rede des Stahlkönigs Carnegie. Er sieht einen Kulturrückgang der Hauptnationen Europas in der Tatsache, daß sie jetzt nahezu die Hälfte ihrer Einkünfte dafür ausgeben, um sich gegeneinander zu bewaffnen, „als ob die Menschheit sich noch im Zustande der Wildheit befände“.

So oft ist versichert worden, daß ein übermächtiges Heer und eine übermächtige Flotte die „beste Friedensversicherung“ sei, daß man „den Krieg vorbereiten muß, wenn man den Frieden will“. Carnegie erklärt dazu, daß trotzdem der Weltfrieden noch nie so bedroht gewesen ist, wie in unserer Zeit. Die Nationen haben ihre Rüstungen gesteigert, und dabei ist ihre relative Stellung in der Hauptsache die gleiche geblieben. Keiner ist gegen einen Angriff mehr gesichert als früher. „Die Kriegsgefahr hat im Gegenteil in dem Maße zugenommen, als ihre gegenseitigen Rüstungen ihre Stellung und ihren eifersüchtigen Wettstreit immer deutlicher zum Ausdruck brachten... Niemals waren die Nationen so eifrig bestrebt, das rückhaltlose Ziel, „zu mächtig zu sein, um angegriffen zu werden“, zu erreichen.“ Carnegie legt dann weiter dar, daß, um die Nationen vor sich selbst zu schützen, früher oder später aus dem gegenwärtigen unheilvollen Zustande eine Friedensunion hervorgehen muß, die die fortgeschrittenen Nationen umfassen und verbinden wird, daß alle Kulturvölker aufs tiefste am Weltfrieden interessiert sind, „seitdem infolge der engen Nachbarschaft aller Völker und ihrer Verbindung der Welthandel 28 Milliarden Dollars überschreitet“, und daß die Zeit vorbei ist, wo einer oder zwei Nationen gestattet werden kann, den Weltfrieden zu brechen. Carnegie bringt hier den rein materialistischen Grundzug des Friedensbewusstseins der Nationen, ihr Interesse an ungestörter Entwicklung des Welthandels, zum Ausdruck. Seine Darlegungen gehen darauf hinaus, daß die Kulturvölker das Recht und die Pflicht haben, den Weltfrieden zu sichern. „Die Nationen, die der Verschwendung ihrer Einkünfte für Heer und Flotte miderstreben und eine friedliche Politik wünschen, sind im Recht.“ Er will die Wahrheit verbreitet wissen, „daß ein dauernder Frieden nur durch eine internationale Friedensunion bereitet werden kann; wenn es not tut, durch Erzwingung des Friedens bei den irrenden Nationen, wie Gehorsam gegen das Gesetz zu erzwingen bei den irrenden Menschen.“

Ähnlich äußert sich, anknüpfend an den deutsch-englischen Gegensatz, N. Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität. Für diesen Gegensatz wie überhaupt für das Weltkräftigen und die Kriegsgefahr macht er vornehmlich denjenigen Teil des englischen Volkes verantwortlich, der, statt der friedlichen Entwicklung von Handel und Industrie, statt der Förderung von Kunst und Wissenschaft und der Verbreitung humanitärer Ideen zu dienen, von dem bösen Geiste des Nationalismus besessen ist, der hauptsächlich in der unerhörten Ausgestaltung der Kriegsstärke zum Ausdruck kommt unter dem Vorgeben, daß es gelte, das Land gegen einen Angriff Deutschlands zu schützen. Butler nennt diese Haltung eine „Wahnsinnsform“. Das Interesse der ganzen Welt erfordert, daß an Stelle des mächtig vorherrschenden Mißtrauens zwischen England und Deutschland eine „kordiale Freundschaft“ zustande gebracht werde. Damit würde „ein großer Schritt zu einem internationalen Abkommen auf Beschränkung der Rüstungen getan“ werden. Die öffentliche Meinung der Welt müsse für den Weltfrieden und die Rechtsentwicklung erzogen werden. „Das kann alles nicht

so weiter gehen. Die Welt muß wählen zwischen den Symbolen einer glänzenden Barbarei und der Hingebung an die Aufgaben einer erleuchteten Kultur.“

Der Theologe Charles C. Jefferson untersucht die Einbildungen des Militarismus, in denen er zutreffend eine Quelle des Wettrüstens und der Kriegsgefahr sieht. Unsere Zeit bietet ohne Zweifel eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Weltgeschichte: Ein noch nicht dagewesenes Anwachsen der Friedensliebe macht sich in allen Völkern geltend (wobei besonders zu beachten ist, daß die Arbeiterklasse aller Länder, dem demokratischen Sozialismus folgend, energischer als irgend ein anderer Gesellschaftsfaktor für den Völkerfrieden gegen den Militarismus kämpft); daneben aber zeigt sich die beständige Vermehrung von Eifersucht, Argwohn und Furcht unter den Nationen. Und die Quellen? Sie haben, sagt Jefferson, „alle innerhalb des militärischen und maritimen Lagers ihren Ursprung“. Heer und Flotte nach verständige sind es, die immer irgend eine Gefahr an die Wand malen, um für neue Regimente und neue Schiffe zu werben. Alle mit „Gefahren“ oder ähnlich überschriebenen Zeitungsartikel sind von Militärs geschrieben oder inspiriert. So wurde den gesetzgebenden Körpern die Ansicht beigebracht, daß das „Vaterland wirklich in Gefahr“ sei, und zwecks Rechtfertigung neuer Ausgaben für Kriegsmaterial, verfiel man darauf, das alte trügerische Wort wieder hervorzuholen: „Willst du den Frieden, so bereite den Krieg vor.“ Und siehe da, dieses längst entthronte, und in seinem gefährlichen Widersinn gebrandmarkt Wort wirkte gleich der Offenbarung eines Gottes. Kriegslust und -liebe waren bei den Menschen längst erloschen; die Täuschungen, mit denen sie einst die Geister von Millionen erfüllt, hatten ihren Zauber verloren; die Menschen hatten eingesehen, daß der Krieg gleichbedeutend ist mit Massenmord und Hölle, Friede dagegen die höchste Regung für die Welt bedeutet.

Jefferson hat recht, daß die Menschen gerade an ihrer hochgestiegenen Friedensliebe von den Kriegsteilnehmern geküßt wurden mit dem Trugwort, „es sei nötig, den Krieg vorzubereiten, damit der Friede erhalten bleibe“. Seht, so „bewies“ diese Politik, wir begehren ja keineswegs Kanonen, um damit Menschen zu töten, sondern nur als „Hüter des Friedens“. Auch die Kriegsschiffe wurden als Friedenswerkzeuge ausgegeben; Riesenschiffe und gigantische Flotten wurden als „nationale Stierden“, als schöne Zeichen der Friedensliebe eines Volkes hingestellt. Und diesem Wahnsinn folgend, steigerten die Völker ihre Rüstungen bis zum Erliegen; so bringen sie beständig die ungeheuersten Opfer für den Militarismus in der Einbildung, dem Frieden zu dienen. Eine schreckliche Einbildung! Aber im Grunde betrachtet ist auch sie ein eindringliches Zeugnis für den tiefen Haß, den die Volksmassen in allen Ländern gegen den Krieg empfinden. Aufopferung bis zum Bankrott in dem Bemühen, die Welt vor Krieg zu bewahren! Eine tolle Vergeltung des Volksvormögens für Instrumente kriegerischer Zerstörung als „Schutzmittel des Friedens“ — eine Art von nationalem Wahnsinn!

Sehr gut schildert Jefferson, daß der Anhänger des Militarismus gewisse symptomatische Züge verrate, die dem Pathologen keineswegs unbekannt sind. Der Militärfanatiker leidet an Voreingenommenheiten, die so fest im Geiste wurzeln, daß sie zu bannen schwierig ist. Wer z. B. glaubt, ein rächlicher Feind sei ihm auf den Fersen, wird einer Beweisführung, daß ein solcher Feind nicht vorhanden ist, sondern nur in seiner Einbildung existiert, sich nicht fügen. So wird nun und immer ein Militärfanatiker demjenigen Gehör schenken, der zu beweisen versucht, daß die vorgeblichen „Kriegsgefahren“ pure Einbildungen sind. Seine Halluzinationen bestreiten, dünkt ihm Lästerei und Vaterlandsverrat; gleich andern Verrückten hält er alle vernünftigen Menschen reiß fürs Narrenhaus.

Militarismus nennt Jefferson eine Krankheit, die ansteckend wirkt: eine Nation kann von der andern angesteckt werden, bis eine Epidemie in der ganzen Welt herrscht. Die Geschichte bewahrt manche Beispiele davon, daß die ganze Welt vorübergehend den Verstand verliert und einer bösen Halluzination zum Opfer fällt. Unaufgeklärte Massen sind krankhaften Geisteserregungen von jeher zugänglich. Wenn jetzt nicht die Massen der einzelnen Völker dem militärischen Wahnsinn verfallen, so ist das vornehmlich den heilsamen Einwirkungen der Sozialdemokratie auf den Geist der Massen zu danken. Sie wirkt darauf hin, daß über den drohenden Schrecken des Krieges die Schrecken des bewaffneten Friedens nicht vergessen werden, die wahrlich nicht minder schlimm sind als jene. Krieg ist vorübergehender Massenmord und der bewaffnete Friede ist dauerndes, ins Ungemessene gehendes Unheil; er ver-

waltet die Volkskraft, er ist systematischer Völkereiselbstmord — ein Fluch und ein Schrecken ohne Ende. Das Verbrechen des Krieges kann nicht verhindert werden, solange der Wahnsinn des bewaffneten Friedens herrscht und das Schicksal der Völker bestimmt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Reichstagsverhandlungen

Vom Donnerstag erweckten naturgemäß nur geringes Interesse, da der Wahlrechtskampf in Preußen, alles andere überschattend, in dem Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit steht.

Auf der Tagesordnung standen die frisch aus der Budgetkommission gekommenen Stücke des Militäretats. Die Liberalen führten herzerregende Klagen darüber, daß ungelaupte Bewohner der Tiergartenstraße nicht zu Reserveoffizieren befördert werden. Daß dieses gegen das Prinzip staatsbürgerlicher Gleichberechtigung verstößt, ist natürlich unfraglich. Der Kriegsminister machte faule Ausreden, und die Rechte übte wohl, um Arennds Gefühle zu schonen, und weil sie auf die mütterlichen Vorfahren ihres früheren Führers Limburg-Stürm und ihres jetzigen Führers von Heydebrandt Rücksicht zu nehmen hatte, große Zurückhaltung. Amüsiert war das Gesandnis des Reichsverbandsgenerals Liebert, daß er sich seine Stellung von dem „früheren Obersten Gädke vorschreiben läßt. Herr von Liebert nimmt nämlich immer den entgegengesetzten Standpunkt ein wie Herr Gädke. Das ist sehr ehren für Herrn Gädke. Müllerer-Meinungen kam mit ein paar anerkenntniswerten kräftigen Worten auf die janusköpfigen Angelegenheiten zurück, die, wie er mit Recht hervorhob, die Offenbarung der konservativen Herzensmeinung ist, und die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung zur dringenden Notwendigkeit macht. Genosse Zubeil rügte scharf die fortgesetzte allgemach auch in bürgerlichen Kreisen entrüstungserregende Art, wie die Militärkapellen den schwer um ihre Existenz ringenden Zivilmusikern Konkurrenz machen. Für die armen notleidenden Generale legte sich der Edle Gans zu Putlitz ins Zeug, während Erzberger für die Militärmusik eine warme Lanze brach.

Am Freitag ist Fortsetzung.

Die preussische Wahlreform vor dem Abgeordnetenhaus.

Dem Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg wurde Donnerstag, nachdem ihm das Wort zur Begründung seiner Wahlrechtsvorlage erteilt war, ein Empfang zuteil, wie bisher noch keinem Minister. Die sozialdemokratische Fraktion begrüßte ihn mit stürmischen Pfui-Rufen, sodaß der Minister minutenlang nicht zu Worte kommen konnte. Auch der Präsident war machtlos. In seiner Rede führte Bethmann-Hollweg aus, daß die Regierung keinem zuleibe und keinem zuleide handele, und daß sie sich von der Sucht nach Populartät nicht leiten lasse. Sie empfinde auch keinerlei Angstlichkeit und Unsicherheit. Man habe es so dargestellt, als habe die Regierung die Vorlage nur eingebracht, weil sie durch den Passus der Thronrede in eine Notlage versetzt sei. Daran sei kein Wort wahr. Die Regierung trete geschlossen mit ihrer Verantwortung für die Willensmeinung des Königs ein. Daß die Sozialdemokraten das Dreiklassenwahlrecht und jede nicht mindestens auf das Reichstagswahlrecht zukommende Reform in Grund und Boden verdamme, sei nicht verwunderlich. Sie hoffen, mit einem Wahlrecht auf breiter Grundlage das preussische Staatsgebilde zu lockern. Sie erblicken darin einen Schritt zur Unterminierung des monarchischen Staates. Auf diesem Wege werde die Regierung den Herren nicht folgen. Für das Zentrum und für die Freisinnigen dagegen scheine nicht die Sache selbst, sondern taktische Gründe maßgebend zu sein. In dem Rennen um die Gunst der Masse werden die Freisinnigen immer mehrere Pferdelängen hinter den Sozialdemokraten zurückbleiben. Die Freisinnigen halten mit Zähigkeit an einer theoretischen Forderung fest, unbekümmert um die Erfahrungen mit dem Wahlrecht und um die gewaltigen Vertiefungen, die dadurch eingetreten sind, daß die Kompetenzen zwischen Reich und Einzelstaaten geteilt sind, und daß wichtige Aufgaben auch in Preußen den Kommunalverbänden überwiesen sind. Auch in den Reihen des gemäßigten Liberalismus, der im Prinzip an einem abgestuften Wahlrecht festhalte, sei die Bewegung für eine Reform des Dreiklassenwahlrechts beinahe ebenso lebhaft. Nachdem Redner sodann einige Einzelheiten der Vorlage besprochen hatte, ging er auf die Stellung der Regierung zu den Parteien ein und bestritt lebhaft, daß in Preußen und in Deutschland eine Parteiregierung bestehe. Die Konservativen seien verpflichtet, ihre

*) Amerika gegen die Rüstungen. Berlin, Verlag der Friedenswarte.

Selbständigkeit der Regierung gegenüber zu bewahren, aber die Regierung sei keine konstitutionelle Parteiregierung, sie werde ihre Unabhängigkeit auch den Konservativen gegenüber beweisen. (Schallendes Gelächter links.) Böhmische Wähler erhoben sich auf der Linken, als Bethmann-Hollweg bestritt, daß die Landräte die Wahlen machen. Die preussischen Landräte, meinte er, seien Diener des Staates und nicht einer Partei. Gerade an den Takt und an die Verantwortlichkeit der Landräte werden hohe Anforderungen gestellt.

Besonders warm verteidigte der Minister die öffentliche Stimmabgabe. Man sagt, die geheime Stimmabgabe sichere die Unabhängigkeit des Wählers. Man möge doch nicht übertreiben. Unser ganzes Leben steht sich aus Abhängigkeit zusammen. Aber die Abhängigkeit sei heute weit geringer als im Jahre 1849, namentlich die Arbeiter seien heute unabhängiger geworden. Die geheime Stimmabgabe komme nur der Sozialdemokratie zugute. Als der Redner sodann des längerer über den sozialdemokratischen Terrorismus sprach, erklärten aus den Reihen der Sozialdemokraten wiederum Pfunz, die unserm Genossen Liebknecht einen Ordnungsruf einbrachten.

Zum Schluß ging der Ministerpräsident auf die in außerpreussischen Ländern geübte Kritik ein. Er erklärte, daß es begreiflich sei, wenn man sich auch außerhalb Preußens für das preussische Wahlrecht interessiere, aber er müsse jede Kontrolle des Reiches über das, was Preußen tut, ablehnen. Die Verhältnisse seien zwischen Süden und Norden viel zu verschieden, als daß das Wahlrecht das gleiche sein könnte.

Die Rede wurde von lebhaftem Beifall auf der Rechten und von Zischen auf der Linken begleitet. Nach dem Ministerpräsidenten ergriff der Minister des Innern, von Wolke, das Wort, um die technischen Einzelheiten des Entwurfes klarzulegen.

Als erster Redner aus dem Hause spricht der konservative Abgeordnete Herr von Richthofen. Er leitete seine Rede mit einer Polemik gegen die Sozialdemokratie ein. Er verteidigt im allgemeinen das Dreiklassenwahlrecht und warnte davor, die Grundlagen dieses Systems anzutasten.

In sehr energischer Weise sprach sich der Abgeordnete Träger für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aus, indem er erklärt, daß ohne die Einführung der geheimen Stimmabgabe jede Wahlrechtsvorlage für seine Freunde unannehmbar sei.

Abgeordneter Schiffer (Noll.) hatte gleichfalls schwere Argumente gegen den Entwurf. Er schwächte aber den guten Eindruck seiner Rede dadurch ab, daß er am Schluß sich in heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie erging.

Heute wird die Beratung fortgesetzt.

Der Entwurf eines Stellenvermittlungsgesetzes ist heute dem Reichstage zugegangen. Der Entwurf macht den Geschäftsbetrieb der Stellermittler konzessionspflichtig. Die Konzession ist zu verweigern, wenn der Nachsuchende unzuverlässig erscheint, und wenn ein Bedürfnis zur privaten Stellenvermittlung nicht vorliegt. Ein Bedürfnis wird als nicht vorliegend angenommen, wenn kommunale oder sonstige öffentliche Arbeitsvermittlungen im ausreichenden Maße vorhanden sind.

Die Landes-Zentralbehörde ist berechtigt, die Taxen für die private Stellenvermittlung festzusetzen.

Von der Veteranenfürsorge.

Die Petitionskommission des Reichstages hat der Vorstellung mehrerer Kriegsteilnehmer von 70-71 aus Görlich entsprechend einstimmig beschloffen, die Forderung nach Erhöhung der aus dem Dispositions-Fonds gewährten Unterstützungen dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Es wurde die Begründung der Petition als richtig anerkannt, worin u. a. gesagt wird, daß im allgemeinen die gewährten Unterstützungen in ihren Sätzen seit fünfzig Jahren unverändert feststehen, während die Gehälter und Pensionen infolge Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes wesentliche Erhöhungen erfahren haben.

Die Straffheit der Disziplin.

Von der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde der Etat der Bergverwaltung erörtert. Der Etat hat eine Einnahme von 282 844 910 Mk., eine Ausgabe von 259 554 270 Mk., so daß ein Überschuß von 23 290 640 Mk. entsteht, der sich nach Abzug der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 21 830 640 Mark vermindert, das sind 3 Millionen Mark mehr, als 1909. Die Aufstellung des Etats ist sehr unvollkommen und unübersichtlich, was sogar von dem anwesenden Minister zugegeben wurde. Trotzdem bewilligte die bürgerliche Mehrheit den Etat.

Die Beratung begann mit lebhaften Klagen über die Unübersichtlichkeit des Etats, „der ein Eindringen in die Verhältnisse der Bergverwaltung unmöglich mache“. Namentlich die Konservativen verlangten ein klares Bild über den Wert des fiskalischen Besitzes und einwandfreie Zahlen über die Selbstverwaltungs-kosten. Das schlechte Ergebnis ergab sich aus der übertriebenen Zahl der Beamten. Wo der Privatbergbau einen Affessor habe, hat der Staat zehnt! Diesen Klagen schloffen sich die Nationalliberalen an. Im Etat waren 7 Millionen Mark für Bauten eingestellt, wenn man aber alles zusammenrechnet, dann kämen 20 Millionen Mark heraus. Die Mehreinnahmen betragen 5,5 Proz., die Mehrausgaben für Beamte 20 Proz., für Löhne 7 Proz., für Materialien 30 Proz. usw. Den gesteigerten Löhnen der Arbeiter ständen geringere Leistungen der Arbeiter gegenüber. Es verteuere den Betrieb vornehmlich auch das Verhältnis der Beamten zu den Arbeitern. Die Beamten wüssten gar nicht, lernten die Grube nicht kennen, und die Folge sei, daß die höheren Beamten ungenügende Kontrolle ausüben könnten. Die Nationalliberalen behaupteten, wenn der Rückgang der Leistungen der Arbeiter, der natürlich für diese Partei feststeht und ihr identisch erscheint mit Faulheit, beruhe darauf, daß die Straffheit der Disziplin herabgegangen ist. Straffe Disziplin sei im Interesse der Bergarbeiter, nicht nur Kampf um die

Seele des Arbeiters. Die Entlassung der Arbeiter müsse ein Beamter ohne weiteres vornehmen können, ohne daß eine Genehmigung von oben erst zu erfolgen habe. Dem angeblichen Sinken der Leistungen widersprachen Freisinn und Zentrum, während der Minister ausführte, daß er mit den Nationalliberalen über Straffe Disziplin einig sei.

Wären die Grubenarbeiter der preussischen Staatsbetriebe nicht mit Hilfe des sogenannten Erfahrungs-systems bereits so gründlich an die Scholle gefesselt, der Minister hätte sich zweifellos auch darauf verstanden, die Einführung des Zwangsarbeitsnachweises der Ruhrgruben in Aussicht zu stellen. Wie hätten sich da die nationalliberalen Bettelbände und Nichtstuer ob solcher „Straffheit der Disziplin“ gefreut.

Der deutsche Volkshafter

in Madrid Graf Tattenbach ist gestern morgen gestorben.

Glatte Ablehnung der preussischen Wahlrechtsreform

fordert der konservative Professor Hans Delbrück. Er schreibt in einem umfangreichen Artikel im „Tag“:

„Die Thronrede hat eine organische Fortbildung des bestehenden Wahlrechts versprochen. Unter der organischen Fortbildung einer politischen Institution versteht man die Anpassung an veränderte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse. Die Regierungsvorlage bedeutet in keiner Weise eine solche Anpassung an unsere allmählich neu gewordenen sozialwirtschaftlichen Zustände. Sie bedeutet in etwas veränderter Gestalt die Festhaltung des bisherigen als unbrauchbar erkannten Systems. Sie ist auch nicht einmal als eine Abschlagszahlung anzusehen, mit der man sich für diesmal zufriedengeben könnte. Sie ist es selbst dann nicht, wenn noch das geheime Stimmrecht nachträglich hineingefügt wird, denn das geheime Stimmrecht ist bei Erhaltung der Klassen und ihrer Kleinheit so gut wie wertlos, und der Wert, den man ihm vielleicht noch zugehen möchte, wird wieder aufgehoben durch die ungeheure Verstärkung des Wahlrechts der Beamten, denen von den Vertretern der Regierung soeben die Wahlfreiheit, wenn auch nicht ganz abgeprochen, so doch auf das allergeringste Ausmaß beschränkt ist.

Wenn dieses Wahlgesetz, sei es auch mit dieser oder jener Modifikation, wirklich zustande kommt, so ist die Herrschaft der Konservativen in Preußen auf lange hinaus gesichert. Die Nationalliberalen würden sich selbst aufgeben, wenn sie sich auf dieser Grundlage auch nur zu einer Verhandlung bereit erklärten.

Es fragt sich, ob etwa die Regierung, wenn die Nationalliberalen versagen, das Gesetz mit Hilfe der Konservativen und das Zentrum fertigstellen könnte. Die Sache wäre für das Zentrum nicht ohne Reiz; diese Partei ist sehr interessiert an der Erhaltung der bestehenden Wahlkreise, und wenn man ihr noch die geheime Wahl konzidierte, so würde sie vielleicht auch die Verstärkung des Wahlrechts der Beamten in Kauf nehmen. Der konservativ-kerikale Block wäre dann für längere Zeit gesichert. Aber es wird schwerlich dahin kommen. Gar zu große Liebesdienste wünscht das Zentrum den Konservativen denn doch nicht zu erweisen, und ebensowenig wünschen viele Konservative gar zu eng an das Zentrum herangerückt zu werden. Die Freikonservativen würden sich von vornherein weigern, einer solchen Koalition beizutreten, und auch die Regierung, an der Spitze Herr von Bethmann-Hollweg selber, weiß sehr gut, daß ein konservativ-kerikales Regiment in Deutschland und daher auch in Preußen unmöglich ist.

Was denn nun aber, wenn diese Vorlage glatt abgelehnt wird und garnicht zustande kommt? Das ist immer noch besser, als wenn diese Vorlage oder etwas ihr Ähnliches zum Gesetz erhoben wird. Der heutige Zustand ist schlecht; aber weil das auch schon von der höchsten Stelle anerkannt worden ist, bleibt die Möglichkeit, eine Besserung zu fordern und an ihr zu arbeiten. Die heutige Vorlage schneidet die Reformbestrebungen ab, ohne selbst eine Besserung zu bringen.

Eine einzige Möglichkeit lasse ich zu, aus dieser Vorlage etwas Erträgliches zu machen, was als Abschlagszahlung anzunehmen wäre, nämlich, wenn außer dem geheimen Stimmrecht auch eine eingreifende Änderung in der Einteilung der Wahlkreise Platz griffe. Aber soweit ich sehe, ist das so gut wie ausgeschlossen — deshalb glatte Ablehnung!

Die Budgetkommission des Reichstages

erledigte am Donnerstag den Etat des Reichsamts des Innern. Zur Beschickung der Kunstausstellung in Rom, die im Jahre 1911 stattfindet, werden als erste Rate 80 000 Mk. verlangt, die auch einstimmig bewilligt wurden. Vom Zentrum wurden Bedenken wegen der Organisierung erhoben.

Eine vom Genossen Singer eingebrachte Resolution, an Stelle der ernannten Vertreter der Kunstakademie eine Jury zu bilden, die aus den Wahlen der Künstlerchaft hervorgehe, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens werden 10 000 Mk. angefordert. Nach längerer Debatte wird der Posten gegen 2 freisinnige Stimmen abgelehnt mit der Begründung, daß diese Unterstützung Sache der Landesregierung sei und Preußen bereits jetzt 10 000 Mk. zu diesem Zweck bewillige.

Wie Zentrumblätter fälschen.

Genosse Bebel teilt in seinen eben erschienenen Lebenserinnerungen auch mit, daß er während seiner Wandererschaft, trotzdem er Protestant war, in verschiedenen katholischen Gesellenvereinen Mitglied war. Er schreibt dazu:

Ich habe nochmals, solange ich in Süddeutschland und Österreich zubrachte, in Freiburg und Salzburg dem katholischen Gesellenverein als Mitglied angehört und ich habe es nicht bereut. Der Kulturkampf bestand zum Glück in jener Zeit noch nicht. In diesen Vereinen herrschte daher auch damals gegen Andersgläubige volle Toleranz.

Dies Urteil drückt die Zentrumspreffe freudstrahlend ab, die „Trommel“ und die „Essener Volkszeitung“ können aber dabei das Fälschen nicht lassen. Sie geben den einen Satz wie folgt wieder:

„In diesen Vereinen herrschte daher auch damals (ebenso wie heute) gegen Andersgläubige volle Toleranz.“

Das in Klammern stehende: „ebenso wie heute“ ist von der Zentrumspreffe eingeschmuggelt worden und es macht nun den Eindruck, als ob Bebel das geschrieben habe. Glaube die Zentrumspreffe eine solche Bemerkung machen zu sollen, so dürfte sie keinen Zweifel darüber lassen, daß sie von der Redaktion kam. Aber den Wert dieser Anmerkung konnte dann jeder denken, wie er wollte.

Privilegien für patriotische Turner.

Der Turnauschuß der reaktionären Deutschen Turnerschaft hat eine Eingabe an das Kriegsministerium gemacht, in der gebeten wird, die Wehrordnung dahin zu ändern, daß wichtigen Turnern die Genehmigung zum Militärdienst als Einjährig-Freiwillige erteilt wird. Natürlich soll dieses Privileg nicht etwa auch Arbeiter-Turnern, sondern nur den Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft eingeräumt werden, die auch die Bürgerpflicht für die gute Gefinnung der Bewerber übernehmen will. — Von Bescheidenheit sind diese Herren-Brüder allerdings nicht angekränkt.

Der preussische Wahlrechtswechselbalg ist noch zu gut.

Die „Kreuzzeitung“ setzt ihre Betrachtungen über die Zusammenfügung der beiden oberen Klassen nach dem neuen Entwurf fort. Sie kommt zu folgendem Ergebnis:

1. Klasse.	
Bisheriger Wählerbestand	298 400
a. Zuwachs infolge veränderter Klassenbildung	130 000
b. Zuwachs infolge Akademikerprivileg	100 000
c. Zuwachs infolge Offizierprivileg, ehrenamtlicher Tätigkeit usw.	10 000
	538 400

2. Klasse.	
Bisheriger Bestand	1 065 200
a. Zuwachs infolge veränderter Klassenbildung	240 000
b. Zuwachs infolge Akademikerprivileg	40 000
c. Zuwachs infolge Einjährigprivileg	100 000
d. Zuwachs infolge Zivilversorgungsschein	60 000
e. Zuwachs aus anderen Gründen	10 000
	1 515 200

Trotzdem daraus ohne weiteres ersichtlich ist, daß bei einer derartigen Verschiebung der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen in diesen beiden oberen Klassen herabgedrückt wird, bringt es die „Kreuzzeitung“ fertig, zu behaupten, daß diese angebliche Schwächung des Klassencharakters sehr ernst zu erwägen sein werde.

Dem schon bei der letzten Wahl während nach dieser Berechnung ausweislich der Wahlstatistik etwa 10 bis 12 Sozialisten gewählt worden sein; eine Zahl, die sich bei weiterer verlogener Agitation, teilweise auch wegen der zu erwartenden Auffüllung der beiden oberen Klassen von unten heraus, bis zur nächsten Wahl leicht verdoppeln könnte.

Frankreich.

Die Kammer hat die Vorlage betr. die Eröffnung eines Kredits von zwanzig Millionen Francs zur Unterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten einstimmig angenommen.

Niederlande.

Der „Souverän eines Nachbarstaates“. Zu einem eigenartigen Zwischenfall kam es, wie aus dem Haag berichtet wird, in der Ersten Kammer. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußeren begründete der ehemalige Gesandte in Stockholm van Heeckeren einen Antrag, in dem der Minister aufgefordert wird, Schritte zu tun, um die Integrität der Niederlande gegen Deutschland und England zu sichern. Der Redner erklärte, ein einige Jahre zurückliegendes Ereignis, das dem Minister wahrscheinlich unbekannt sei, bilde einen speziellen Grund für Holland, eine bessere Garantie zu fordern, als das Nordseeabkommen sie den Mächten zweiten Ranges biete. Der Minister des Äußeren erwiderte, van Heeckeren müsse seine Behauptungen genauer formulieren, sonst könne er nicht antworten. Nach erregter Debatte, in der van Heeckeren behauptete, daß sein Prestige beim Stockholmer Hof durch die Beschwerde eines holländischen Landmannes gelitten hätte, beschloß die Kammer in geheimer Sitzung, über diese Angelegenheit nicht in geheimer Sitzung, sondern öffentlich zu verhandeln. Van Heeckeren erklärte nunmehr, der Souverän eines Nachbarstaates habe vor einigen Jahren wissen lassen, daß er gezwungen wäre, niederländisches Gebiet zu besetzen, wenn die Niederlande ihre Verteidigungsmittel gegen England nicht in stand setzten. Der Minister verbiene Tadel, weil er diese Tatsache beim Abschluß des Nordseeabkommens nicht in Rechnung gezogen habe. Der Minister erwiderte, er könne diese Behauptung nicht entkräften, bevor van Heeckeren sich nicht genauer zu den Ausdrücken „Souverän eines Nachbarstaates“ und „wissen lassen“ geäußert habe. Im Interesse des Landes fordere er ihn auf, klarer und genauer zu sein. Da van Heeckeren nicht antwortete, wurde die Diskussion ohne Ergebnis geschlossen. — Nach Lage der Dinge kann mit dem hier erwähnten „Souverän eines Nachbarstaates“ nur der deutsche Kaiser gemeint sein. Es fehlte bereits vor einiger Zeit nicht an Andeutungen in der auswärtigen Presse über eine angebliche derartige Äußerung des deutschen Kaisers. Man darf wohl überzeugt sein, daß alsbald von der zuständigen Stelle in Deutschland ein Dementi erlassen wird, in dem klipp und klar erklärt wird, daß der deutsche Kaiser eine derartige Äußerung nicht getan hat.

Rußland.

Neue Azews. Je mehr Azews im Dienste des russischen Regimes tätig sind, je geringer ihre Qualität selbst vom Polizeistandpunkte aus ist, desto häufiger werden sie

Serien-Verkaufstage.

Während der Serientage bringe ich große Warenposten zu Einheitspreisen zum Verkauf, welche sämtlich einen bedeutend höheren Wert repräsentieren und daher eine ganz besonders günstige Kaufgelegenheit bieten.

Folgende Artikel sind nur ein kleiner Teil der Extra-Auslage:

85 Pfg.

- Reform-Kinderschürzen Größe 45-70 cm Serienpreis **85** Pfg.
- Kimono-Kinderschürzen Größe 45-75 cm Serienpreis **85** Pfg.
- Blaudruckschürzen 120 cm weit Serienpreis **85** Pfg.
- Achselfschürzen mit Volant Serienpreis **85** Pfg.
- Tändelschürzen in weiß und bunt Serienpreis **85** Pfg.
- Kissenbezug weiß Wäschestoff, languettiert Serienpreis **85** Pfg.
- Weisse Tändelschürzen mit Trägern u. breiter Stickerei Serienpreis **85** Pfg.
- 2 Mtr. Pikee in weiß gemustert solide Qualität Serienpreis **85** Pfg.
- 2 Mtr. Blusen-Velour in verschiedenen Dessins Serienpreis **85** Pfg.
- Frottier-Handtücher Größe 50x110 cm Serienpreis **85** Pfg.
- Normal-Damenjacken Serienpreis **85** Pfg.
- Normal-Herrenhosen Serienpreis **85** Pfg.
- 6 Körperfedel mit verstärkter Mitte Serienpreis **85** Pfg.
- Herren-Hosenträger mit rosifreier Schnalle Serienpreis **85** Pfg.
- Veranda-Decken Größe 110x110 cm, waschecht Serienpreis **85** Pfg.
- Gestreifte Kajen Serienpreis **85** Pfg.
- Barchent-Damenbeinkleider in farbig Serienpreis **85** Pfg.
- Damen-Beinkleider weiß Wäscheluch mit breiter Stickerei Serienpreis **85** Pfg.
- Damen-Kaschmir-Strümpfe 1/2 engl. lang, reine Wolle Paar **85** Pfg.
- Barchent-Kinderkleidchen mit Volant, Größe 45-55 cm Serienpreis **85** Pfg.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

1.85 Mk.

- Weisse Miederschürzen mit Träger hochelegante Stickerei Serienpreis **1.85** Mk.
- Kleiderschürzen 160 cm weit, mit Volant Serienpreis **1.85** Mk.
- Louiseenschürzen reich besetzt Serienpreis **1.85** Mk.
- 5 Mtr. Elsässer Hemdentuch mittelfädig, appreturfrei Kupon **1.85** Mk.
- 4 Mtr. weiss Pikee-Barchent gute Qualität Kupon **1.85** Mk.
- Normal-Herrenhemden Vorder- od. Schulterschluß Serienpreis **1.85** Mk.
- Normal-Herrenhose mit angewebtem Futter, la. Qualität Serienpreis **1.85** Mk.
- Weisse baumw. Flanellröcke mit Wollanguette Serienpreis **1.85** Mk.
- Frack-Korsetts in allen Weiten Serienpreis **1.85** Mk.
- Damen-Beinkleider la. Renforce m. eleg. Stick. Serienpreis **1.85** Mk.
- Herren-Buckskinhosen solide Qualität Serienpreis **1.85** Mk.
- Tischdecken, bestickt, in rot oder grün Filzluch Serienpreis **1.85** Mk.
- Batist-Taschentücher mit Buchstaben, im Karton 1/2 Dutzend **1.85** Mk.
- Pikee-Nachtjacken in weiß m. br. Stickerei Serienpreis **1.85** Mk.
- Damen-Fantasiehemden mit Stickereipasse Serienpreis **1.85** Mk.
- 4 Mtr. # Schotten waschecht f. Kinderkleider Serienpreis **1.85** Mk.
- Weisse Tändelschürze m. Träger Lochstickerei Serienpreis **1.85** Mk.
- 2 1/2 Meter Blusenflanell moderne Streifen Serienpreis **1.85** Mk.
- Weisse Herrenhemden schwere Qualität Serienpreis **1.85** Mk.
- Weisse Damast-Hobis.-Servietten Größe 90x90 cm Serienpreis **1.85** Mk.

2.85 Mk.

- Linoleum-Teppich Größe 190x200 cm Serienpreis **2.85** Mk.
- Blaue Pilotosen alle Größen Serienpreis **2.85** Mk.
- Leinen-Damast-Tischtücher 190x190 cm Serienpreis **2.85** Mk.
- Betttücher Halbleinen, 150x250 cm Serienpreis **2.85** Mk.
- Bettbezüge in kariert Chellas od. gemust. Satin-Augusta, 140x190 cm Serienpreis **2.85** Mk.
- 1/2 Diz. Augendrell-Handtücher extra schwer, 48x110 cm Serienpreis **2.85** Mk.
- Wollene Schlafdecken weiche solide Qualität Serienpreis **2.85** Mk.
- Zug-Rouleaux in weiß und creme, 84x200 cm Fach **2.85** Mk.
- Kostümröcke aus blauem Cheviot Serienpreis **2.85** Mk.
- Weisse Unterröcke mit breiter Stickereifalte Serienpreis **2.85** Mk.

3.85 Mk.

- Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten weiß Damast mit farb. Borde Serienpreis **3.85** Mk.
- Bettbezüge weiß gestreift Salin oder Damast, 140x190 cm Serienpreis **3.85** Mk.
- Seegras-Matratzen 80x190 cm Serienpreis **3.85** Mk.
- Fach Gardinen in weiß oder creme, 3 m lang Serienpreis **3.85** Mk.
- 6 Meter Kleider-Gingham in hellen u. dunklen Dessins Serienpreis **3.85** Mk.
- Blusen-Kleiderschürzen extra weit, reich besetzt Serienpreis **3.85** Mk.
- Manchester-Herrenhosen solide Qualität Serienpreis **3.85** Mk.

An Wiederverkäufer werden die Serien-Artikel nicht abgegeben.

Rote Lubeca-Marken oder 4% in bar.

Königstraße 89.

Hans Struve

Ecke Walmstr.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Werkel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt 4. **10.**
B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Holsten-Automat
G. m. b. H.
Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen
Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum
besiens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Sterbekasse, Die Vertrauliche
in Lübeck.
Die Verwaltungsgeschäfte liegen
für das Rechnungsjahr 1910 in den
Händen der Vorsteher J. W. H. Drath
und J. J. Vagt.
Lübeck, den 10. Februar 1910.
Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!
Bezirk Herrnhurg.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 13. Februar,
nachmittags 3 Uhr
im Lokale des Herrn Dechow.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909.
2. Bericht der Baukommission.
3. Beschlüsse.
Bei zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vorstand.

E. Boy, Königstr. 61. R. 1811.
Marktstr. 46.
Samburger Stint 10 u. 15 Pf.
Seelachs 20 Pf.

Junges fettes Rindfleisch
60 Pfg., Gulasch 70 Pfg., Rollfleisch 80 Pfg., Kalbfleisch u. Keule, Knochen 10 Pfg. liefert Fritz Möller Wafenstr. 86, b. d. St. Gröpelar.

Sehr preiswert!
Sonntag früh von 7 1/2 bis 9 Uhr:
Ganz frisch gefalzene Schweinzen, Pfoten und Schweine-Kleinfleisch
das Pfund nur 15 Pf.
Verkauf nur in der Fabrik Beim Ketteich 14.
Schüringer Wurst- und Fleischkonerven-Fabrik
August Scheere.

Möln i. Lbg.
Öffl. Protestversammlung
am Sonntag, dem 13. Februar,
nachmittags 1 Uhr,
im „Lübecker Hof“, Inhaber W. Lübke.
Tagesordnung:
Die Volksverhöhung durch die preussische Wahlrechtsvorlage.
Referent aus Hamburg.
Arbeiter, Mitbürger, Genossen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.
Der Organisator: J. L. G. Wagner.

Zentral-Verband der Schmiede.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 12. Februar,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftsraum“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der letzten Tagesordnung.
Anträge zur Generalversammlung.
Die Ortsverwaltung.

Rensefeld.
Gesangverein Harmonia.
Maskenball
am Sonntag, 13. Februar.
Es laden freundlichst ein
Der Vorstand u. J. Süfke.

Hansa-Theater
Nur bis 18. Februar.
Täglich 8 1/4 Uhr.
Mimische Schönheitsstänze
ausgeführt von
Johanna und Mara Tabu
vom Kgl. Hoftheater München
und Coliseumtheater, London.
Vorher: Das sensationelle
Spezialitätenprogramm.
Vorverkauf bei Sager.

Schlutup.
Gesangverein Einigkeit.

Einladung zum
Maskenball
am Sonntag, 13. Februar,
im Lokale des Herrn Vetter
(Gasthof zur Post).
Anfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr.
Demaskierung 11 Uhr. Ende 4 Uhr.
Masken-Anzüge sind von Sonnabend nachmittags 5 Uhr an im Ball-Lokal bei Herrn Vetter zu haben.
Fremde Biertrinker haben keinen Zutritt.
Das Komitee.

Stadthallentheater.
Sonntag, 13. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr.
Der Andere.
Schauspiel von Paul Lindau.
Vorverkauf täglich in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14 und ROß, Kohlmarkt 18.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 12. Febr. 7 1/4 Uhr.
Voll-Abonn. 128. Sonnab.-Ab. 21.
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper von Rossini.
Hierauf: Vision nach dem Ball.
Ballett-Bantomime.
Sonntag, 13. Febr. Nachm. 3 Uhr.
Auser Abonnement.
Kleine Preise.
Die Fledermaus.
Operette von Joh. Strauß.
Sonntag, 13. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr.
Tiefeland.
Musikdrama von Eug. d'Albert.

Der pensionierte Oberst.

Es ist wahr: Alles wird jetzt auf den Kopf gestellt, so daß ein braver Staatsbürger aus der Gänlehaut nicht mehr herauskommt. Früher hieß es, daß das Schwert gutmachen müsse, was die Feder verderben habe. Jetzt aber kommen sogar pensionierte Offiziere auf die Idee, daß die Feder wieder gutmachen müsse, was das Schwert, das heißt die militärische Obrigkeit, verplüßcht hat. Die rauhe Kriegertauf, die zu ungelent zur Führung der Feder war, hat einem wohlgepflegten Händlein Platz gemacht, das recht gut, manchmal auch recht spitz und boshaft zu schreiben versteht. Daß dem so ist, hat der königliche bayerische Oberst außer Dienst Karl von Wallmenich, also noch dazu ein Edelher und Vetter der Nation, wieder bestätigt. Er fühlte sich durch den bayerischen Kriegsminister geschädigt, hat sich über ihn gewiß auch sehr geärgert und statt dies nach der Art loyaler Untertanen als eine Schicksalsfügung hinzunehmen, veröffentlichte er vor kurzem eine beinahe mit junkerlicher Heftigkeit geschriebene Broschüre gegen die bayerische Kriegserziehung.

Der Anlaß der Schrift ist charakteristisch sowohl für die jetzigen politischen wie auch für die militärischen Verhältnisse im Deutschen Reich. Die deutschen Staatsmänner und Behörden träumen bekanntlich Tag und Nacht von der Revolution. Sie bilden sich ein, daß die Sozialdemokratie fortwährend nach Plätzen ausgedie, auf denen Einflößen am besten aufzustellen wären. Dieser Glaube ist ja auch sehr bequem, weil man dabei die Vorteile der herrschenden Klassen ausgezeichnet wahrnehmen kann. Sind auch besagte Klassen mit der verehrten Obrigkeit im allgemeinen sehr zufrieden — ein gelegentliches Geschimpfe tut der Freundschaft keinen Eintrag, sondern erhöht sie nur — so ist es dennoch nicht gewiß, ob nicht einzelne Exemplare angefleckt werden. Passiert das Malheur, so muß wenigstens nach Kräften dafür georgt werden, daß sie sich mit der Unstüßerei am Vierfüßler und in Freundschaft begnügen. Aktive Staatsangestellte unterstehen ja der Fuchtel, denn sie können fortgesetzt werden. Aber mit den pensionierten ist es anders. Da steckt so ein Mensch seine Pension ein und schimpft zugleich auf den braven Vater Staat, was das Zeug hält. Nur bei den verabschiedeten Offizieren liegen die Verhältnisse wesentlich „glücklicher“, weil wenigstens die mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform abgegangenen den Offizierschrenge-richten, mit denen man so ziemlich alles, besonders auch Opposition und mißliebige politische Gesinnung fassen kann, unterstehen.

Den bekanntesten Beweis für die Vielseitigkeit der Offizierschrenge-richte stellt der Oberst a. D. Gädke vor. Beißt ein verabschiedeter Offizier hingegen die Erlaubnis zum Tragen der Uniform nicht, so kann er seine Meinung so frei sagen, wie ein anderer Mensch. Dies ist aber der Regierung nicht angenehm und darum liebt sie es nicht, wenn ein mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedeter Offizier sich zu der ohne diese Befugnis abgegangenen verhalten läßt. Um den Herren diesen Schritt zu verleiden, hat man in Bayern die Erlaubnis gemacht, solche Verletzungen ohne den Zusatz, daß sie auf Wunsch geschehen sind, im Militärverordnungsblatt bekanntzugeben. Dadurch erhielt die Sache den Anschein, als ob dem Offizier die Erlaubnis zum Tragen der Uniform strafweise genommen worden sei.

Nach mit dem Oberst a. D. von Wallmenich wurde so umgeprungen, als er um die bewußte Befreiung ge-

beten hatte. Und da sein Ersuchen um eine Richtigerstellung abgewiesen wurde, schrieb er seine Broschüre, in der er den bayerischen Kriegsminister und auch die Institution der Ehrengerichte heftig angreift. Das, was er in letzterer Hinsicht sagt, ist nicht mehr neu. Die Offizierschrenge-richte weisen ein Verfahren auf, das zu den heutigen Rechtsanschauungen nicht paßt; sie bieten auch keine Garantie für die möglichst genaue Erforschung der Wahrheit. Zeugen aus dem Offizierstande werden zum Beispiel nicht vereidigt und Zivilisten brauchen sich nicht vereidigen zu lassen, weil die Ehrengerichtsverordnung vom Justizminister nicht gegengezeichnet ist. Und was das Urteil anbelangt, so wird es vom obersten Kriegsherrn gefällt. Der Spruch des Ehrengerichts ist dabei für ihn nicht maßgebend. Er kann ihn nach Belieben mildern oder verschärfen. Es ist hier also noch eine Art Kabinettsjustiz vorhanden.

Einem pensionierten Offizier, der sich am öffentlichen Leben beteiligen und dabei nach besserer Überzeugung wirken will, bleibt unter solchen Verhältnissen nichts übrig als sich der Gewalt der Ehrengerichte durch den Verzicht auf die Erlaubnis zum Tragen der Uniform zu entziehen, denn selbst wenn er mit dem momentanen Regierungssystem einverstanden ist, so kann dennoch in der Zukunft etwas geschehen, das ihn zur Opposition zwingt.

Die Affäre Wallmenich zeigt wieder einmal, wie verkehrt die Maultoraktik ist. Lediglich diese Taktik hat Herr v. Wallmenich zu seiner jetzigen Tonart, die, nebenbei bemerkt, auch mir nicht immer sympatisch ist, veranlaßt. Da will man jeden Widerspruch unterdrücken und schafft sich auf diese Art Opponenten der höchsten Potenz. Zu der Meinung, daß die Regierung unrecht habe, gefestigt sich dann auch noch die Erbitterung, und zwar eine Erbitterung, die die Regierung selbst hervorgerufen hat. Kann man sich etwas Ungeschickteres vorstellen?

Und dabei kann man gewiß nicht sagen, daß hier eine neue Erziehung in Betracht kommt. Sie ist uralte. Es ist z. B. sehr fraglich, ob das Christentum so große Triumphe gefeiert hätte, wenn es in seinen Anfängen nicht mit allen Hunden gehegt worden wäre. Und die deutsche Sozialdemokratie verdankt ihren großen plötzlichen Aufschwung dem Sozialistengesetz. Aber den Regierungen scheinen die Lehren der Vergangenheit nicht viel zu nützen.

Herr v. Wallmenich bringt auch einen charakteristischen Beitrag zu dem Kapitel der Offizierspensionierungen. Vor einigen Jahren wurde in Bayern ein Stabsoffizier Regimentskommandeur, der beim jetzigen Kriegsminister in so hohem Ansehen stand, daß Seine Excellenz dem Regiment zu seinem neuen Kommandeur gratulierte. „Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen“, und der Stabsoffizier erhielt schon 1½ Jahre später vom nämlichen Kriegsminister den blauen Brief. Excellenz verschaffte ihm nun eine Stelle für pensionierte Offiziere, aber schickte ihm schon nach zwei Jahren wieder einen blauen Brief in das Haus. Als der Offizier den Minister um die Aufklärung dieser Wunderlichkeiten bat, erhielt er die Antwort, Excellenz richte sich nur nach den Qualifikationen, die in das Kriegsministerium gelangen. Auf deutsch: Der bayerische Kriegsminister verzichtet in Personalangelegenheiten auf ein eigenes Urteil. Mag er einen Offizier für noch so tüchtig halten, er sagt ihn ab, wenn andere sagen, er genüge nicht. Das ist wirklich gar zu bescheiden.

R. R.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 10. Februar 1910.

52. Sitzung, Nachmittag 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Heeringen.

Militärretat.

Die zweite Beratung wird bei dem Kapitel „höhere Truppenbefehlshaber“ fortgesetzt.

Dr. Müller-Meinungen (fr. Vpt.) tabelt das Überwiegen des Adels unter den kommandierenden Generälen.

Zubeil (ZD.): Bei dem Schießplatz bei Spremberg wird ein Grundstück beständig von Geschossen bestrichen. Der Besitzer kann infolgedessen keine Arbeiter mehr finden. Der Reichstag sollte ihm das Grundstück abkaufen. Seine Wünsche sind aber abschlägig bechieden.

Kriegsminister von Heeringen: Das Avancement kennt keinen Unterschied zwischen adeligen und unadeligen Offizieren. Aber die Verhältnisse beim Spremberger Schießplatz werde ich mich erkundigen.

Gothein (fr. Vpt.) bestritt die Notwendigkeit der Gehaltsverhöhung der kommandierenden Generäle.

Oberst Wendel tritt den Ausführungen des Abgeordn. Gothein entgegen.

Dr. Müller-Meinungen (ZVp.): Daß die bürgerlichen Offiziere bei der Beförderung zurückgesetzt werden, hat Herr von Eimem selbst im vorigen Jahre hier zugegeben.

Hans Eder zu Puttlich (K.) führt aus, daß die preussischen Generäle sehr schlecht gestellt seien.

Erzberger (Z) befragt den Abg. Meinungen, daß er auf die Frage, warum der Hauptmann von Grolman unter Überspringung mehrerer hundert Vordemänner befördert wurde, im vorigen Jahre keine Antwort erhielt. Nach meinen Informationen bestehen verwandtschaftliche Beziehungen zwischen diesem und dem Generalkommandeur. (Hört, hört! links.)

Kriegsminister von Heeringen protestiert namens der Armee dagegen, daß ein Offizier sich an einen Abgeordneten wendet. Daß Offizierskorps ist einheitlich, den Unterschied zwischen bürgerlich und adelig tragen Sie durch Ihre ewiges Daranschwimmen mit in die Arme hinein. (Lachen links.)

Gothein (ZVp.): Wenn Sie ein einheitliches Offizierskorps wollen, so schaffen Sie doch den Adel ab! (Sehr richtig! links.)

Bei dem Kapitel „Gouverneure und Kommandanten“ befragt

Kobelt (fraktionslos), daß die Militärverwaltung nicht genügend Rücksicht auf die kleinen Handwerker nimmt.

Bei dem Kapitel „Adjutanten“ bemerkt

Dr. Müller-Meinungen (ZVpt.), daß die Stellung des Kriegsministers gegenüber dem Militärkabinet sehr wohl getäuscht werden könne, ohne daß, wie der Kriegsminister in der vorigen Woche meinte, eine Verfassungsänderung notwendig sei. Das Meer sollte nicht auf den obersten Kriegsherrn, sondern auf die Verfassung vereidigt werden. Herr von Oldenburg hat nur ausgedrückt, was die Herren auf der Rechten alle denken, wenn sie die Arme allein der Kommandogewalt unterstellen. So wird die Luft zwischen Krone und Volk nur noch erweitert, wovor uns der Himmel behüte. (Bravo! b. d. Freil.)

Kriegsminister v. Heeringen bleibt bei seiner Auffassung bezüglich der Stellung des Kriegsministers zum Militärkabinet.

Das Kapitel sowie einige weitere werden bewilligt. Bei einem der Kapitel bedauert

Gothein (ZVp.), daß es den jüdischen Mitbürgern unmöglich gemacht wird, auch nur Reserveoffizier zu werden.

Kriegsminister von Heeringen: Vielleicht mag hier und da der jüdische Glaube bei der Nichtbeförderung entscheidend gemessen sein. Vor allem aber kommt es auf die

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kiehlund.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarauw.

(11. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Im Herbst, wenn die Familien von ihren Landhäusern nach der Stadt zurückkehrten, gaben Falck-Olfens einen großen Ball.

Der Großhändler legte selbst viel Gewicht auf dieses Fest, zu welchem außer jungen Leuten, die, wie er sich ausdrückte, „das Essen verdienen sollten“, auch eine Anzahl der Honoratioren der Stadt eingeladen wurde.

Wenn die ganze Jugend mitgenommen ward, so glaubte der Großhändler die Einladungen etwas weiter nach unten und namentlich nach oben, als er es bei kleineren Gesellschaften wagen durfte, ausdehnen zu können. Platz aber war genug vorhanden.

Der Großhändler Falck-Olfen war ein Emporkömmling in der Hauptstadt; und da er von einem bescheidenen Anfang als Holzhändler sich ein großes solides Vermögen erworben hatte, richtete er alle seine Anstrengungen darauf, in das höhere Gesellschaftsleben aufgenommen zu werden. Er legte dabei seine Hoffnungen auf Minister Vennechen. Ihre Bekanntschaft schrieb sich von der Zeit her, da Vennechen noch Rat war, und sie schienen mit den Jahren immer intimer zu werden. Die Frauen in der Stadt wunderten sich ein wenig darüber, denn die Familie des Ministers tat sonst so gewaltig vornehm. Die Männer aber erklärten, es komme von Geschäftsverbindungen. Großhändler Falck-Olfen sorgte, wie es hieß, für die Anbringung der Gelder des Ministers; ja, einige meinten sogar ganz insgeheim, daß er jenem bisweilen mit einem kleinen baren Vorschub aushelfe.

Man lachte meistens etwas über den eitlen Großhändler; denn da er durch eigene Arbeit sich sein Geld erworben, hatte in den Augen der meisten Leute sein Reichthum nichts Feines an sich, und man fühlte sich durch die von ihm entfaltete Pracht geniert. Georg Delphin pflegte zu sagen: „Er hat die Unannehmlichkeit an sich, daß, wenn man eben im Zuge ist zu glauben, man spreche mit dem Herrn Großhändler Falck, man plötzlich entdeckt, daß man den Holzhändler Olfen vor sich hat.“

Frau Falck-Olfen teilte nicht die Passion ihres Mannes

für große Gesellschaften; sie mochte am liebsten kleine gemütliche Damentänzchen mit Tee. Ihre Herkunft und ihr Ursprung waren unbekannt, und der Kammerherr meinte, ihr Stammbaum sei einer der ersten Bäume gewesen, die der Großhändler gefällt habe, als er zu steigen begann.

Inbessen war sie geduldig und gehorlig ihrem Mann in die Höhe gefolgt, so daß sie jetzt ihren Platz in dem eleganten Hanshalt ausfüllte, ohne gar zu sehr abzustechen.

Freilich pflegte Delphin sie noch ganz insgeheim Madam Olfen zu nennen, gleichwie er sich und andere mit Schmeicheleien von den Tanzvergünstigungen in Olfens Saal“ ergötzen konnte; aber diejenigen, welche die Dame kannten, waren darüber einig, daß ihr gutes warmes Herz die kleinen Versehen gegen den feinen Ton reichlich aufwog.

Aberdies war sie eine stattliche Frau, und sie nahm sich gut aus, wie sie im hellgrauen Moirerock durch die Zimmer ging und Anordnungen traf, ehe die Gäste kamen.

Der Großhändler ging auch aus und ein, aber er war unruhig und aufgereg, schalt die Diener und sah nach der Uhr.

„Was hast Du denn doch heute, Männchen!“ fragte seine Gattin, „Du machst ja ein Wesen, als ob der König kommen sollte.“

„Ach was Frau! Bekümmere Dich um Deine Sachen,“ erwiderte der Großhändler.

Dann aber kam er doch hin zu ihr und sagte in einem Tone, der überlegen und gleichgültig sein sollte: „Ich habe heute vormittag den Konsul Lind eingeladen.“

„Bist Du von Eimem, Mann?“ rief Frau Falck-Olfen.

„Was denn? Bin ich nicht ebenso viel wie Konsul Lind? Außerdem machte es sich so natürlich; wir trafen uns in der Aktienbank.“

„Hast Du keine Damen auch eingeladen?“

„Nein,“ erwiderte der Großhändler unsicher.

„Dann kannst Du Dich auch darauf verlassen, daß er nicht kommt. Das war doch recht unsinnig von Dir, Die Johanna!“

„So,“ brummte der Großhändler; es hatte sich zuweilen

ereignet, daß seine Gattin in solchen Dingen recht bekommen hatte.

Da trat die älteste von den beiden Töchtern ein. Der Großhändler stieß eine Verwünschung aus und seine Gattin rief: „Aber, beste Luise, wie siehst Du denn aus?“

Beide starrten die Tochter an. Fräulein Luise hatte ein schwarzes wollenes Kleid an mit einer ganz schmalen Krause um den Hals, und das Haar war in einen kleinen blonden Wulst im Nacken zusammengepreßt; große fällige baumwollene Handschuhe vollendeten die Toilette.

Erit versuchte sie einen Augenblick ihre Eltern fest anzusehen dann aber brach sie in Tränen aus, und schluchzte: „Dann hat — Hans hat gesagt — daß ich nicht — daß ich nicht anders sein solle.“

„Hans?“ rief der Großhändler. „Nun habe ich den Hans satt. Wenn er nicht bald aufhört, Dich zu plagen, so mußst Du die Verlobung aufheben!“

Der Großhändler ging rasch hinaus, um die ersten Gäste zu empfangen, während seine Gattin mit Luise auf deren Zimmer ging, um ihr Vernunft einzureden.

Die Angekommenen waren einige junge, langbeinige Herren, die in ihrer Verlegenheit darüber, daß sie die ersten waren, einer hinter dem andern herzkreuzend, sich in einen Winkel im innersten Kabinet drückten und dort fortwährend in ein albernnes Lachen über einander oder über gar nichts ausbrachen.

Mittlerweile begannen die Wagen vorzufahren und die Gäste erschienen; der Wirt empfing im vorderen Zimmer, seine Gattin hatte sich im Salon vor dem Tanzsaal niedergelassen. Die jüngste Tochter Sophie und die Hausmamsell hatten sich Luizens angenommen und nach einer Weile traten die Schwägerinnen zusammen ein.

Fräulein Sophie war ein hübsches Mädchen und des Vaters Liebste. Ein großer Plan war, ihr eine Partie in den höchsten Kreisen zu verschaffen, und er war unermüdet, ihr Anweisungen zu geben. Sophie ging halb im Scherz darauf ein; als er ihr aber eines Tages den Kammerherrn Delphin vorschlug, wurde sie nachdenklich und beschloß, einen Versuch zu machen. Heute abend trug sie ein weißes Kleid mit seidnen Leibchen und einer Menge seidener Schleifen; sie sah bezaubernd aus, als sie lachend der Mutter zuflüsterte, welche Beschwerde sie mit Luise gehabt habe.

ganze Persönlichkeit an, die achtunggebend sein muß, und bei unferem niederen Volke herrschen den Juden gegenüber Vorurteile, denen wir zuweilen Rechnung tragen müssen.

Gotthein (FVg.) bedauert die Amtsenthebung des Kriegsministers als einen erheblichen Rückschritt gegen die seines Vorgängers und fragt, ob ein Jude durch die Tausche eine achtunggebende Erscheinung bekomme. (Stf.)

Kriegsminister von Deeringen vermahnt sich dagegen, daß in seinen Worten eine antisemitische Tendenz liege und daß er etwas anderes gesagt habe als sein Vorgänger.

Dr. Mugdan (FVp.) fragt die Rechte, wie sie es mit ihrem Antisemitismus habe vereinigen können, jahrelang den Grafen Limburg-Sturum zum Führer zu haben, der doch bekanntlich jüdischer Abstammung sei. (Sehr gut! und lebh. Heiterkeit links.)

Beim Kapitel „Militärveterinäre“ verlangt Osann (M.) die Verteilung der Offiziersqualität an die Militärveterinäre.

von Liebert (Rp.) erklärt, er sei ursprünglich gegen die Offiziersqualität der Veterinäre gewesen, jetzt habe sich aber der frühere Oberst Gölde auch dagegen erklärt. Mit diesem wolle er in keinem Punkte übereinstimmen und sei deshalb jetzt dafür. (Lachen links.)

Beim Titel „Militärinspektoren“ bringt Zubeil (S.D.) die fortdauernde Schmutzkonkurrenz zur Sprache, die die Militärkapellen den Zivilmusikern machen.

Die Militärkapellen brücken den Lohn der Zivilmusikern herab, denn die Kapellmeister bieten sich zu wahren Schleiherpreisen an. Daß hier eine Schmutzkonkurrenz schlimmerer Sorte vorliegt, ist sogar von einzelnen einseitigen Militärbehörden anerkannt worden. Eine durchgängige Remedur ist bringende Notwendigkeit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Görke (M.) und Öring (S.) klagen über die Konkurrenz der Militärbüchsenmacher.

Oberst Wendel: Von einer „schmutzigen“ Konkurrenz der Militärmusiker zu sprechen, ist unbecorrigt, und die Verwendung der Militärmusik zu Privatveranstaltungen ist unvermeidlich, wenn nicht erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Zubeil (S.D.): Ich kann von meinen Ausführungen nichts zurücknehmen. Wenn die Militärmusiker zu niedrig entlohnt werden, so ist das kein Grund, daß sie den Zivilmusikern Schmutzkonkurrenz machen dürfen. Noch vor zwei Jahren konzertierten Artilleriekapellen für 150 Mark, jetzt Militärkapellen für 100 Mark. Ist das keine Schmutzkonkurrenz? (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich habe auch schon im vorigen Jahre gebeten, daß Truppen bei Nacht mehr Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen sollten und nicht singend durch die Straßen ziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Erzberger: Der Landbevölkerung, die nur selten gute Musik hört, wollen wir die Freude an der Militärmusik nicht nehmen.

Kopich (FVp.): Im vorigen Jahre hat gerade Herr Erzberger in der Budgetkommission weitgehende Anträge auf Einschränkung der Militärkapellen gestellt. (Heiter.)

Erzberger (S.): Bei den Freisinnigen scheint mit dem Block auch die Militärfreundlichkeit in Trümmer gegangen zu sein. Man vergleiche ihre heutigen Angriffe mit ihren vorjährigen Reden. (Heiterkeit im Zentr.)

Nachdem der Titel bewilligt ist, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Folgen der Braunschweiger „Bartholomäusnacht“. Nach den Wahlrechtskämpfen brachte der Braunschweiger „Volksfreund“ einen Artikel: „Noch einmal die Braunschweiger Bartholomäusnacht“, in dem die Säbelattachen der Polizei wie das ganze Regierungssystem in Braunschweig einer Kritik unterzogen wurden. Der Artikel soll Beleidigungen des leitenden Staatsministers v. Otto enthalten. Nach dem Manuskript des Artikels wurde jetzt von der Kriminalpolizei in der Redaktion des „Volksfreunds“, wie in der Wohnung des Genossen Redakteur Wesemeier elkrigt, selbstverständlich ohne Erfolg, gesucht. Genosse Wesemeier hatte am 8. Februar bereits eine gerichtliche Vernehmung zu bestehen.

Der beleidigte Straßenbahndirektor. Wegen Beleidigung des Straßenbahndirektors Major a. D. Rippenströper in Braunschweig wurde Genosse Wagner vom „Braunschweiger Volksfreund“ zu 120 Mk. Geldstrafe evtl. 24 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung wurde in drei Artikeln des „Volksfreunds“ gefunden, in denen die Behandlung der Straßenbahner kritisiert wurde.

Luise sah aus wie ein Opferlamm. Sie hatte ein weißes Kleid und ordentliche Handschuhe anbekommen und im letzten Augenblick hatte die Kamsell noch die Gelegenheit erwirkt, ihr einen Kranz von Lilienkonvallen ins Haar zu stecken. Mit ängstlichen Blicken sah sie sich in allen Winkeln nach Hans um; als sie ihn aber nicht entdecken konnte, nahm sie erst ein und dann noch ein Engagement zum Tanz an — obgleich ihr auch das verboten war — und zuletzt stand sie, ehe sie es selbst recht wußte, mitten in einer Gruppe von Freundinnen, schwagte und lachte, und als sie einem Herrn ihre Tanzkarte überreichte, war sie äußerst verwundert, als er ihr dieselbe mit untröstlicher Miene zurückgab — sie war ganz voll! Ihre beste Freundin Karoline Hjeltn verwickelte sie, daß sie nie in ihrem Leben so niedlich ausgesehen habe; aber Luise hatte ein sehr böses Gemissen.

Die Herzen füllten sich allmählich. Mitten in dem großen Saal standen die jungen Damen in Gruppen und taten, als ob sie eifrig miteinander sprächen. In Wirklichkeit aber bestand das Gespräch meistens aus einzelnen ausgerufenen Worten, aus Fragen ins Blaue hinein, die nicht beantwortet und durch nervöses Lachen unterbrochen wurden, denn alle waren von der Wichtigkeit des Augenblicks, daß die Ballkarte ausgefüllt werde, durchdrungen.

Die Herzen versammelten sich in den Türen, saßen sich dann ein Herz, tänzelten mit verführerischer Miene über den Parkettboden, verbeugten sich, engagierten, rannten gegeneinander, stolperten in den langen Schleiern und verloren ihre Weißfedern.

Die beiden Freunde Giorth und Benneden, welche beide Fräulein Falk-Olsen den Hof machten, kamen gleichzeitig bei der Dame an. Sie hatte nur noch einen Tanz zu vergeben und diesen erhielt Benneden. Giorth machte ein Gesicht, das Verzweiflung ausdrückte, und engagierte Hilba Benneden, die daneben stand.

Sie hatte über viele Tänze zu verfügen; denn obwohl sie als Tochter des Ministers dagegen gesichert war, bei gar zu vielen Tänzen sitzen zu bleiben, war sie doch stets eine der letzten, die aufgefördert wurde und man gab sich nicht etwa die Mühe, es nicht merken zu lassen, daß es Pflichttänze seien.

(Fortsetzung folgt.)

Der zweite sozialdemokratische Bezirksanwält in Pritzsch. Nach vorausgegangenen heftigen Kämpfen ist in Pritzsch im zweiten Wahlgang unser Genosse Jakob Dauter, Schriftföher, mit 18 154 gegen 13 154, also mit einer Mehrheit von 887 Stimmen zum Bezirksanwält (Untersuchungsrichter) gewählt worden, mit dem nun der zweite Sozialdemokrat in diese Behörde einzieht. Die Bürgerlichen — Liberale, Demokraten und Katholische — bildeten einen einzigen Ordnungsbund und sie ließen sogar nach dem ersten Wahlgang ihren Kandidaten, der bereits als außerordentlicher Bezirksanwält wirkte, aber nicht immer seine Pflichten erfüllte, fallen, um mit einem neuen Kandidaten ihr Glück zu versuchen, aber ohne Erfolg. Unsere Partei errang den Sieg aus eigener Kraft.

Der Sozialismus in Portugal. Der belgische Genosse Leon Kurnemont, der auf einer Propagandareise einige Tage in Portugal zugebracht hat, erzählte einem Mitarbeiter des „Peuple“ interessante Einzelheiten von der Arbeiterbewegung jenes wirtschaftlich wenig entwickelten Landes. Die Partei ist nur schwach organisiert. Bei K's. Anknunft war das Erscheinen des Parteiblattes unterbrochen, da der leitende Redakteur in Haft war. Es besteht eine Genossenschaft, die auf sozialistischem Boden steht, ohne formell der Partei angeschlossen zu sein. Sie unterhält ein Kolonial- und Eisenwarengeschäft, betreibt eine Bäckerei und hat einen großen Saalbau errichtet. Mehr noch als in Spanien besteht dort eine enge Verbindung zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Republikanern und Freidenkern. In der vom Verein „Freier Gedanke“ einberufenen, von 8000 Arbeitern, Studenten, Ärzten, Professoren und vielen Damen besuchten Versammlung forderte der Vorsitzende der republikanischen Partei, Magalhães Lima, der den Vorsitz führte, auf zur Gründung einer kräftig organisierten sozialistischen Partei. Das große Interesse der Bevölkerung an der Versammlung unseres belgischen Genossen, des Sekretärs der internationalen Freidenkervereinigung, zeigte sich darin, daß er nachts um 2 Uhr von einer Menge von 2000 Arbeitern und Republikanern am Bahnhof empfangen, und daß der Bericht über seine Rede, in der er die Solidarität der sozialistischen, der republikanischen und der freidenkerischen Gedanken feierte und die Revision der Ferrer-Prozesses gefordert hatte, von beiden republikanischen Zeitungen sehr ausführlich gebracht wurde. Der Führer der Republikaner hatte in jener Versammlung die belgische Arbeiterpartei gefeiert.

Kommunales.

Erhöhte Kommunalsteuern. Nach einem Beschluß der Stadtverordneten in Perne i. W. sollen im kommenden Etatsjahre statt der bisherigen 150 Prozent nunmehr 250 Prozent Zuschlag an Kommunalsteuern erhoben werden.

„Schönheitsfehler“ in der preussischen Wahlreform.

Ein Leser schreibt dem „Berliner Tageblatt“: „Ohne auf die Unzulänglichkeit der Vorlage selbst einzugehen, möchte ich nur darauf aufmerksam machen, in wie mangelhafter Form Gesetzesvorschläge in Preußen von der königlichen Staatsregierung eingebracht werden. Ich habe den § 21 der Wahlreform im Auge, der lautet wie folgt:

Das Wahlergebnis wird festgestellt, indem für jede Abteilung gesondert die Zahl der im ganzen Wahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen ermittelt und der auf jeden Kandidaten entfallende Stimmenanteil nach Hundertteilen der Stimmen berechnet wird. Gewählt ist, wer im Durchschnitt der drei Abteilungen mehr als 50 Hundertteile erhalten hat.

Ergibt sich keine solche Mehrheit, so findet unter den beiden Kandidaten, deren Stimmenanteile ihr am nächsten gekommen sind, eine engere Wahl statt.

Bei Gleichheit der Stimmenanteile entscheidet das durch die Hand des Wahlkommissars zu ziehende Los.

Bei Wahlkreisen, die nur einen Abgeordneten wählen, ist nicht viel dagegen zu sagen, obwohl auch hier angedeutet werden müßte, wie es mit den überschüssigen Bruchteilen gehalten werden soll. Wenn zum Beispiel:

in der 1. Abteilung	500 Stimmen
„ 2. „	2500 „
„ 3. „	12500 „

abgegeben worden sind, und Kandidat A hat erhalten:

in der 1. Abt.	251 Stimmen, das sind 50 Hundertstel
„ 2. „	1260 „ „ 50 „
„ 3. „	6294 „ „ 49 „

so ist nach der Regierungsvorlage Kandidat A nicht gewählt. Denn er hat nur 49 2/3 Hundertteile erhalten und muß sich der Stichwahl unterziehen. In der Stichwahl ist das Resultat womöglich wieder so oder so ähnlich, und man kann unter Umständen zehnmal und öfter wählen, weil die Wahl kein definitives Resultat ergibt. Tatsächlich hat aber Kandidat A erhalten:

in der 1. Abteilung	50,8 Prozent
„ 2. „	50,4 „
„ 3. „	über 49,9 „

$\frac{151,1}{3} = 50,37$ Hundertstel.

Es wäre demnach Kandidat A gewählt, während nach der Regierungsvorlage, die die Stimmenzahl anscheinend nur auf volle Hundertstel zurückführen will, vielfache Wahlen erforderlich werden können. Viel bedenklicher sind die Konsequenzen des § 21 bei Wahlkreisen, die zwei oder drei Abgeordnete zu wählen haben. Ein Wahlkreis habe zwei Abgeordnete zu wählen; es seien drei Kandidaten vorhanden, und die Zahl der Wähler sei wie oben angenommen. Es mögen erhalten haben:

Kandidat A in der 1. Abteilung	350 Stimmen = 70 Proz.
„ B „ 1. „	250 „ = 50 „
„ C „ 1. „	400 „ = 80 „
„ A „ 2. „	1500 „ = 60 „
„ B „ 2. „	1800 „ = 72 „
„ C „ 2. „	1700 „ = 68 „
„ A „ 3. „	15000 „ = 60 „
„ B „ 3. „	11250 „ = 45 „
„ C „ 3. „	23750 „ = 95 „

Es haben also erhalten:

Kandidat A	$\frac{70 + 60 + 60}{3} = 63\frac{1}{3}$ Hundertstel,
B	$\frac{50 + 72 + 45}{3} = 55\frac{2}{3}$ „
C	$\frac{80 + 68 + 95}{3} = 81$ „

Der § 21 jagt: „Gewählt ist, wer im Durchschnitt der drei Abteilungen mehr als fünfzig Hundertteile erhalten hat.“ Es sind demnach alle drei Kandidaten A, B und C gewählt; und auf Grund des Wahlgesezes hat sich der Wahlkreis einen Abgeordneten mehr zugelegt, als er eigentlich zu beanspruchen hätte.

Bei Kreisen, die drei Abgeordnete zu wählen haben, lautet sich folgende Konsequenz ergeben:

Kand. A erhält in der 1. Abt.	120 Stimmen = 24 Hundertst.
„ B „ „ 1. „	800 „ = 60 „
„ C „ „ 1. „	200 „ = 40 „
„ D „ „ 1. „	400 „ = 80 „
„ E „ „ 1. „	450 „ = 90 „
„ A „ „ 2. „	1750 „ = 70 „
„ B „ „ 2. „	2100 „ = 80 „
„ C „ „ 2. „	1500 „ = 60 „
„ D „ „ 2. „	1250 „ = 50 „
„ E „ „ 2. „	1000 „ = 40 „
„ A „ „ 3. „	7500 „ = 60 „
„ B „ „ 3. „	8750 „ = 80 „
„ C „ „ 3. „	8750 „ = 70 „
„ D „ „ 3. „	11250 „ = 90 „
„ E „ „ 3. „	6250 „ = 50 „

Es haben also erhalten:

Kandidat A	$24 + 70 + 60 = \frac{154}{3} = 51\frac{1}{3}$ Hundertteile
„ B	$60 + 80 + 80 = \frac{170}{3} = 56\frac{2}{3}$ „
„ C	$40 + 60 + 70 = \frac{170}{3} = 56\frac{2}{3}$ „
„ D	$80 + 50 + 50 = \frac{220}{3} = 73\frac{1}{3}$ „
„ E	$96 + 40 + 50 = \frac{186}{3} = 62$ „

Die Kandidaten A, B, C, D und E sind demnach alle gewählt, und der Wahlkreis hat anstatt drei Abgeordneten deren fünf. Der Wahlkommissar kann nach dem klaren Wortlaut des § 21 nicht anders als diese fünf Kandidaten als Abgeordnete proklamieren und die Staatsrechtslehrer werden ihm darin recht geben. Sie werden folgendermaßen sagen:

Allerdings soll der Wahlkreis Pleß-Kybnitz nach dem Gesetz vom 31. Januar 1850 nur drei Abgeordnete wählen. Aber das spätere Gesetz vom Jahre 1910 sagt im § 21, daß wer im Durchschnitt der Abteilungen mehr als 50 Hundertteile der Stimmen erhalten hat, gewählt ist. Da der Gesetzgeber wissen mußte, daß es möglich ist, daß im Wahlkreis Pleß-Kybnitz fünf Kandidaten mehr als 50 Hundertteile erhalten können, so hat er durch die Fassung des § 21 sich damit einverstanden erklärt, und durch das spätere Gesetz von 1910, das auch eine Verfassungsänderung enthält, ist das Gesetz von 1850, das für Pleß-Kybnitz nur drei Abgeordnete bestimmt, außer Kraft gesetzt, und Pleß-Kybnitz kann nach Belieben drei, vier oder fünf Abgeordnete wählen, wenn die Wähler mit ihren Stimmen haushalten.

Das ist der klare Rechtsstandpunkt. Lag das aber tatsächlich im Sinne der Staatsregierung? Und wenn nicht, was ist es möglich, daß die Staatsregierung, in der doch die höchste Intelligenz des preussischen Staatskörpers vertreten sein soll, nach r e l e g i e h 1 1/2 j ä h r i g e m N a c h d e n k e n den § 21 zutage fördert?

Ja, man fragt viel, aber vergebens!

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung Metallarbeiter! Bei der Firma Th. Marx & Co. in Forst, Maschinenfabrik und Eisengießerei, haben die Schlosser, Dreher und Formner wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Die Firma sucht in einer ganzen Reihe Provinzialstädte unorganisierte Metallarbeiter. Es wird ersucht, den Zugang von Formnern, Drehern und Schlossern nach Forst in der Lausitz strengstens fernzuhalten.

Achtung Bäckereiarbeiter! Bei der Firma H. C. Wahlen, Hannoverische Kaffee-Fabrik, legten am Dienstag 400 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Der bisher bestandene Tarif war abgelassen; bei der Einreichung eines neuen Tarifs lehnte der Fabrikant jede Verhandlung ab.

Auf dem Verbandstag der Maurer erstattete am dritten Tage Bömelburg zunächst das Referat über die Verschmelzungsfrage. Er gab ein Bild der Geschichte der Verschmelzungsfrage und wies darauf hin, daß der enge Zusammenschluß des Unternehmertums im Baugewerbe die Verschmelzung sehr gefördert habe. Nach kurzer Debatte, in der einige Redner gegen den Zusammenschluß sprachen, während die große Mehrheit der Redner der Verschmelzung zustimmten, betonte Bömelburg im Schlußwort, daß ja die Mitglieder in dieser Frage ihr Votum abgegeben hätten, daß deshalb eine Abstimmung sich erübrige. Wie schon berichtet, wurde die Verschmelzung mit 242 gegen 23 Stimmen beschlossen. An dem jetzt bestehenden Statut sollen keine Änderungen vorgenommen werden, mit Ausnahme der in der zweiten Sitzung beschlossenen. Damit ist eine große Zahl von Anträgen erledigt. Die Vorstandsmitglieder, der Ausschuß und die Revisionen behalten ihr Amt bis zum Jahresabschluss. Die allgemeinen Anträge werden namentlich im Hinblick auf die kommende Verschmelzung für erledigt angesehen. Der Gesamtvorstand wird entlastet. Die Arbeiten des Verbandstages sind damit beendet. Er wird vielleicht später zu weiteren Beratungen zusammenreten und deshalb nicht geschlossen, sondern vertagt.

Verbandstag der Bauarbeiter. Am dritten Verhandlungstag behandelte Behrendt zunächst die Verschmelzungsfrage. Nach kurzer Debatte wurde dieselbe mit 102 gegen 4 Stimmen beschlossen. Hierauf wurde beschlossene zum internationalen Kongress in Kopenhagen drei Delegierte zu entsenden. Gewählt wurden: Behrendt (Hamburg), Mädelmann (München) und Fröhlich (Köln). Der Verbandstag stimmte dann einer Anregung des Vorstandes zu, den Gau Posen aufzuheben und ihn dem Gau Danzig anzuschließen. Einstimmig wurde beschlossen, daß der alte Vorstand bis zum Abtritt im Amte bleibt. Der Sitz des Ausschusses bleibt Berlin. Auf Antrag der Beschwerdekommision wurde der Ausschluß gegen Kraft (Bremen) aufrechterhalten. Die eigentlichen Arbeiten des Verbandstages sind nun erledigt. Der Verbandstag wird aber noch nicht geschlossen, sondern vertagt.

Zur Situation im Holzgewerbe. Der Leitung des Arbeitgeberverbandes ist es außerordentlich unangenehm, daß in der Parteipresse die „Friedensliebe“ der Arbeitgeber wiederholt in das rechte Licht gerückt worden ist. Daß die Arbeitgebervertreter durch die Behauptung der Leitung des Schutzverbandes, die gemeinsame Kündigung aller Verträge sei mit den Arbeiterorganisationen vereinbart, düpiert worden sind, ist bisher immer noch nicht bestritten worden. Die Feststellung, daß seitens des Arbeitgeberverbandes sämtliche Verträge gekündigt sind, und daß dadurch die gegenwärtige Situation heraufbeschworen wurde, ist den Herren sehr unangenehm. Sie verweisen jetzt bereits in vier Nummern der Fachzeitung darauf, daß auch seitens des Holzarbeiterverbandes eine Anzahl Verträge gekündigt worden sind. Sie sind also befreit, den Eindruck unserer Feststellungen zu vermischen und hierdurch den Arbeitgebern Sand in die Augen zu streuen. In der letzten Nummer der

Fachzeitung wird eine Notiz des „Vorwärts“ von Donnerstags, den 3. Februar abgedruckt, in welcher mitgeteilt wurde, daß durch die Ablehnung des Schiedsgerichtes durch den Arbeitgeberverband die Situation sich außerordentlich verschärft habe und in welcher der Nachsatz enthalten war, daß in Bezug auf die neu einmündige Verhandlungskommission seitens des Schutzverbandes der Holzarbeiterverband wissen wird, seine Ehre zu wahren. Diesen Satz glaubt das Fachblatt in Verbindung bringen zu müssen mit der Ablehnung dieser Verhandlungskommission durch den Vorstand des Holzarbeiterverbandes und beliebt von einer ganz unzweideutigen „Scharfmacherei“ zu reden. Wer solche betrieben hat, ist ja dem Vorstand des Schutzverbandes bekannt genug und insbesondere seine Handlungen beweisen, daß niemand auf diesem Gebiete mehr geleistet hat, als er selber. In den Reihen des Schutzverbandes spielen sich gegenwärtig die eigenartigsten Dinge ab. Die gegenseitigen Vorwürfe hören nicht mehr auf und die Scharfmacherei, sowie die Entstellung der Tatsachen vermag die einzelnen Mitglieder trotz der ganzen Städte nicht mehr über die vorhandenen Verhältnisse hinweg zu täuschen. Zwischen „Süd und Nord“ herrschen derartige Meinungsverschiedenheiten, daß man sich gegenseitig die liebsten Briefe schreibt. Aus einem solchen des Vorstandes des Schutzverbandes geht hervor, daß der Süddeutsche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe den Vorstand des Schutzverbandes zum Bruch sämtlicher Verträge aufgefordert hat, um hierdurch den gleichen Ablauftermin derselben für ganz Deutschland zu erzielen. Die Holzarbeiter wissen also, welche Pläne auf jener Seite gegenwärtig eingezeichnet werden und haben sich vor wie nach auf das Schlimmste vorbereitet. Wie wir schon erfahren, sind die Verbandsvorstände zu neuen Beratungen zusammengetreten. Ob es gelingen wird, aus dem vorhandenen Wirrwarr überhaupt noch einen Ausweg zu finden, ist sehr fraglich.

Lohnbewegung im Holzgewerbe. In Annen i. W. konnte mit der „Westfälischen Möbelfabrik“ ein Vertrag bis zum Jahre 1912 abgeschlossen werden. Die Akkordpreise wurden mit entsprechenden Erhöhungen festgesetzt. Die Maschinenarbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 5, die Fräiser von 10 Proz. Am 1. Januar 1911 mußte die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden verkürzt und findet zu diesem Zeitpunkt eine weitere allgemeine Lohnenerhöhung von 5 Proz. statt.

Christliche Taktik. Das Nachspiel vom unglückseligen Streik in Bad Reichenhalden will kein Ende nehmen. Das trauliche Nachspiel für die Opfer des Streiks ist beendet, die christliche Blamase aber lebt fort, die der christliche Metallarbeiterverband mit seinem Schutzensel, seinem Angehörigen namens Engel, schon bisher so reichlich verdient hat. Von der Bezirksleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes war eine Broschüre über den Reichenhaldener Streik herausgegeben worden, in der die uneheliche Rolle, die Engel und nach ihm der christliche Verband gespielt haben, angemessen und sachgemäß dargestellt wurde. Jetzt hat der christliche Metallarbeiterverband eine noch umfangreichere, 86 Seiten starke Broschüre herausgegeben, die nach Art der Schauerroman-Reklame angepriesen wird. Außerordentlich für den Wert dieses Sammelbuchs ist es, daß in ihm die wichtigsten Aktenstücke, die für die Öffentlichkeit so interessanten Auseinandersetzungen mit den Behörden fehlen. Die Erklärungen vom Landeskommissar Straub, Fabrikinspektor Dr. Wittmann und Bürgermeister Senger sind darin nicht enthalten. In einer Fußnote suchen die Christlichen sich über diese Unterschlagungen hinwegzueklären, indem sie bemerken, „daß über die Differenzen mit der Fabrikinspektion noch Verhandlungen schweben“. Diese Erklärung, deren Unwahrscheinlichkeit ganz offenbar ist, reicht sich den übrigen, von den Christlichen in dieser Affäre geleisteten Verdiensten würdig an die Seite. Die Schwindeln wirklich wie der Teufel und liegen aus Prinzip, zumal wenn man noch weiß, daß dem Gewerkeinspektor Dr. Wittmann von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist, daß er vielmehr nach den bösen Erfahrungen mit den Christlichen jeden Verkehr mit allen christlichen Gewerkschaften abgebrochen hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Darlehensschwindel und sein Ende. Wegen Darlehensschwindel verurteilte das Schöffengericht Hannover den früheren Zigarettenarbeiter Johann Rump-Hannover zu drei Wochen Gefängnis, wobei das Gericht die Gemeingefährlichkeit der Darlehensschwindelstrafscharfend berücksichtigte. Ein Fuchshändler aus Kl. Burgwedel wandte sich auf ein Inserat hin an R. um ein Darlehen von 600 Mk. Er präsentierte eine Feuerversicherungspolice über 3500 Mk., wobei R. ihm erklärte, er könne darauf 800 Mk. Darlehen erhalten, und von ihm 6 Mk. Gebührenschein einheimsen. Rump gab den Antrag an den Darlehensvermittler Parlaske weiter, der sich dann noch von dem Opfer 7,50 Mk. Spelenschein geben ließ. Keiner dachte daran, dem Darlehenssucher ein Darlehen zu geben oder zu vermitteln; sie waren dazu auch garnicht in der Lage. Das Gericht betonte, daß diese fragwürdigen Existenzen nur beabsichtigen, armen Leuten das letzte Geld abzunehmen. Parlaske hatte dann vorgezogen, seine Beute rechtzeitig zurückzubehalten, um sich vor einer neuen Verfolgung wegen Betruges zu schützen.

Schwindelereien der „Internationalen Patentverwertungsgesellschaft Kirchbaum u. Co.“ wurden dieser Tage vor der Strafkammer in Gießen verhandelt. Die Angeklagten hatten sich in einer Anzahl von Fällen behufs angeblicher Erwerbung und Verwertung von Patenten von Handwerker, Gewerbetreibenden usw. teilweise erhebliche Summen zahlen lassen, obwohl sie nicht imstande waren, eine ersprießliche Tätigkeit für ihre Klienten zu entfalten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Wilhelm Kirchbaum zwei Jahre sechs Monate, Heinrich Kirchbaum ein Jahr, Wittschun sechs Monate und Stephan drei Monate Gefängnis. Weiter beantragte der Staatsanwalt, dem Angeklagten Wilhelm Kirchbaum die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abzuerkennen. Das Urteil lautete gegen Wilhelm Kirchbaum wegen vollendeten Betruges in 17 Fällen und wegen versuchten Betruges in zwei Fällen auf zwei Jahre Gefängnis und 1700 Mk. Geldstrafe, im Unermögensfalle für je 10 Mk. einen Tag Gefängnis. Der Angeklagte Heinrich Kirchbaum erhielt wegen vollendeten Betruges in acht Fällen eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und 400 Mk. Geldstrafe, event. weitere 40 Tage

Gefängnis. Der Angeklagte Wittschun erhielt wegen Beihilfe zum Betrüge in einem Falle eine Zusatzstrafe von drei Monaten Gefängnis. Drei Angeklagte, Stephan, Lent und Rosenberg, wurden freigesprochen.

Tod durch Unfallfolge oder infolge Begleitererscheinungen früher erlittener Syphilis?

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir am 31. Januar einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Tadel stellte es (das Arbeitersekretariat) fest, daß das Hineintragen der syphilitischen Krankheitserscheinungen dadurch gekommen war, daß mangelhafte Verwandte des Verstorbenen, die mit der Witwe verfeindet waren, der Berufsgenossenschaft resp. den behandelnden Ärzten davon Mitteilung gemacht hatten. Wir werden erlucht, darauf hinzuweisen, daß die Bezeichnung „mangelhafte Verwandte“ nicht Herrn Wilhelm Klingbiel, Arbeiter, Heinrichstraße 28, treffen sollte.

Aus Nah und Fern.

Wenn Liebe sich in Haß verwandelt. Eine Schmähschreiberin, die seit Jahren den Schauspieler Josef Glampietro vom Berliner Metropoltheater sein sonst so heiteres Leben zu vergällen suchte, ist jetzt nach langen Bemühungen der Kriminalpolizei ermittelt worden. Sie entpuppte sich als die Gattin eines Kaufmannes aus dem vornehmen Westen Berlins, eine gebildete Dame, die in den „besten“ Kreisen der Gesellschaft verkehrt und Mutter mehrerer Kinder ist. Die Frau bewunderte den Künstler, den sie in allen seinen Rollen oft sah, seit Jahren und entbrannte zu ihm in unbändiger Liebe. Weil all' ihr Sehnen unerfüllt blieb, so entwickelte sich ihre Liebe in krankhafter Richtung. Die Frau überschüttete aus dem Verlekt der Anonymität heraus den unerreichten Geliebten mit Paketen, Briefen und offenen Postkarten der allergeringsten Art. Der Inhalt der Pakete spottet jeder Beschreibung. Briefe und sogar die offenen Postkarten bewegten sich in Ausdrücken, die man sonst nur unter dem Abschau einer großstädtischen Bevölkerung zu hören bekommt. Aber nicht nur der Künstler allein wurde aufs Ziel genommen, auch seine Familie und seinen ganzen Bekanntenkreis zog die Briefschreiberin in ihre unflätigen Schmähsungen hinein. Als dieses Treiben gar kein Ende nehmen wollte, wandte sich der Künstler endlich an die Staatsanwaltschaft. Als die Briefschreiberin merkte, daß eine Untersuchung im Gange war, wurde sie vorsichtiger und bediente sich zur Aufgabe ihrer Schreden einer Mitterperson. Die Nachforschungen wurden dadurch erheblich erschwert, führten aber doch zum Ziel. Die Beschuldigte wurde festgenommen, klagete zunächst alles, legte aber unter dem Eindruck des Verlastungsmaterials, das man ihr vorhielt, endlich ein Geständnis ab.

Korrek, Herr Polizeipräsident? Eine Ärztin hat wie sie dem „Vorwärts“ mitteilt, mit Unterzügen des Berliner Polizeipräsidenten recht eigenartige Erfahrungen gemacht. Als sie mit ihrer vierzehnjährigen Tochter und einer bekannten Frau abends gegen 11 Uhr ruhig die Chausseestraße hundertwunderte, stand an der Ecke der Luisenstraße ein Trupp Ordnungshüter, der bis auf einen schmalen Durchgang die ganze Straße einnahm, an ihrer Spitze ein Herr Leutnant. Die beiden Frauen und das junge Mädchen gingen an den Wächtern über Anstand und gute Sitte vorüber, wobei die strengen Augen und harten Blicke der Schutzleute einen Ausdruck annahmen, wie er bei schamlosen Biwaks in der Regel nur von unflätigen Witzern und zynischen Bemerkungen hervorgerufen wird. Die Ärztin vernahm deutlich die Worte: „Ihr Hosen!“ Sie rief nach dem Herrn Leutnant, der jedoch nicht reagierte, während die Schutzmannschaften von neuem lachten. Die Dame trat dann an den Polizeioffizier heran, gab ihm den Grund dazu an, nannte ihm ihren Namen und forderte die Feststellung der höhrenden und beleidigenden Polizeisten. Vergebens. Sie wurde auf den Weg der schriftlichen Beschwerde verwiesen und nochmals frech ausgelacht. — Ist das auch „Korrek“, Herr Polizeipräsident? (fragt dazu die „Zeit am Montag“). Als anständiger und ritterlicher Mann werden Sie ein solches Verhalten entschieden wie jeder andere schmachvoll und rüpelhaft finden. Dann verlangt es aber auch, daß es an den Schuldigen streng geahndet und den schwer getränkten Frauen Genehmigung gegeben wird.

Alter schilt vor Torheit nicht. Ein Gutsbesitzer im Alter von 65 Jahren, der seit dreißig Jahren Witwer ist, entführte, wie aus Orlau gemeldet wird, ein junges Mädchen aus geachteter Familie, die Braut eines hohen Verwaltungsbeamten, aus einem Pensionat. Zwei Tage darauf fand die Landesamtliche Trauung des Paares in London statt; in einem Vororte von Brüssel soll dann die kirchliche Trauung erfolgt sein.

Zu den Tod gefolgt. Oberstleutnant Kloz vom Jülicher-Regiment Nr. 37 in Krotoschin, dessen Frau sich durch Leuchtgas vor vier Wochen vergiftet hatte, wurde am Mittwoch in seiner Wohnung bewußtlos aufgefunden. Bei näherer Untersuchung ergab es sich, daß Kloz gleichfalls durch Leuchtgasvergiftung ums Leben gekommen ist. Es wird Selbstmord angenommen.

Wer schön bezahlt, wird schön begraben. Aus der frommen Bischofsstadt Freiling schreibt man der „Münchener Post“: Vor einigen Tagen starb im hiesigen Distriktskrankenhaus ein Knecht von Lützenhausen, der beim Kammerfenseln von der Leiter gestürzt war und sich tödlich verletzt hatte. Verwandte, die sich um die Beerdigung des Verstorbenen gekümmert hätten, waren scheinbar nicht zu ermitteln. Der Leichnam wurde deshalb an die — Anatomie nach München abgegeben. Geradezu erbärmlich war nun die Art, wie man den Toten zur Bahn schaffte. Ein Dienstmann wurde bestellt, der die Leiche auf einem — Karren, wie ein Stück Vieh, zur Verfrachtung nach dem Bahnhof zu fahren hatte. Und das geschieht in einer Stadt, in der die Leute in Frömmigkeit weitefern. Aber es war eben nur ein armer Teufel. Ein Bankier erschloß sich kürzlich, nachdem er Hunderte von armen Leuten um ihre ersparten Groschen gebracht hatte. Dieser Mann wurde mit allen kirchlichen Ehren begraben und an seinem Grabe wurden die schönsten Reden gehalten, weil er mit dem gestohlenen Geide — viel Gutes getan hatte. Ja, Bauer, das ist etwas anderes!

40 Millionen Mark Einkommen. Auf ungefähr 14 Millionen beläuft sich das Einkommen, welches Serienlosbesitzer durch trügerische Versprechungen dem deutschen Publikum aus der Tasche ziehen. Grobartig mit Zahlen sind die Prospekte geschmückt und 12 Treffer im Jahre werden dort bestimmt versprochen, wenn man jeden Monat seine 6,80 Mk. für ein ganzes und 8,80 Mk. für ein halbes Los bezahlt. Vertrauen bei ihren Mitmenschen suchen sich diese Serienlosmacher dadurch zu verschaffen, daß sie sich den Titel „Bankier“ auslegen. Infolge der ausgedehnten Reklame, welche diese Volksausbeuter machen, ist es leicht erklärlich, daß viele Leute, welche den Schwindel nicht kennen, dem sogenannten „Bankier“ in die Hände fallen. Wenn in den Prospekten dieser Serienlos-Bankiers gesagt wird: „Im ganzen Deutschen Reich laut Gesetz vom 8. Juni 1871 erlaubt“, so ist dies eine arge Täuschung; denn nach diesem Gesetz ist nur der Verkauf ganzer Losen, Losen, Markländer, Augsbürger, Genueser, Österreichischer Kredit-Lose und wie sie sonst alle heißen, erlaubt, aber nicht der anteilige Handel, wie er hier geschieht, mit dem hundertsten Teil für 6,80 Mk. oder zweihundertsten Teil für 8,80 Mk. Vor einigen Tagen ist in Gotha der „Bankier“ Hans Wolff wegen Serienlosbetruges verhaftet worden. Wolff hatte, wie man hört, etwa 40 Serienlos-Gruppen à 100 Personen, gleich 4000 Personen. In einer Gruppe verdiente Wolff 6673,45 Mk., so daß sich sein Bruttoverdienst auf etwa 268 988 Mk. belief. Von diesem Bruttogewinn würden allerdings noch die Gehälter für das Verloren, Ausgaben für Druckkosten, Postgebühren usw. abzunehmen sein, so daß sicher noch ein Reingewinn von 250 000 Mk. blieb. Am noch ein Beispiel zu geben, sei ein Hamburger namens Julius Werner heraufgegriffen. Dieser erhob nach obigem Schema von einer Gruppe 6959 Mk. mehr, als ihm die Lose kosteten. Es kann deshalb nicht genug vor der Beteiligung an Serien und Prämienlos-Gesellschaften gewarnt werden.

Die heißblütigen Spanier. In Santa Colonia del Logrono (Nordspanien) versammelte sich eine Volksmenge auf dem Stadtplatz, um gegen die Ernennung des Gemeindefreiebers Einspruch zu erheben. Als der Bürgermeister, der Friedensrichter und mehrere Gemeinderäte die Leute beruhigen wollten, wurden mehrere Schüsse auf sie abgegeben. Der Bürgermeister und der Friedensrichter wurden lebensgefährlich verwundet.

Schweres Automobilunglück. Wie aus Bordeaux gemeldet wird, stürzte das von dem Sportmann Mumm gelenkte Automobil um, als der Wagen ausweichen wollte, und begrub Mumm und den Violotter Johannsen. Dem Chauffeur gelang es, Mumm zu befreien. Bei dem Verlekt, Johannsen zu retten, geriet das Automobil infolge Explosion des Benzinbehälters in Brand. Johannsen wurde vollständig verkohlt.

Theater und Musik.

Neues Stadt-Theater. „Das Konzert“. Lustspiel in 3 Akten von Hermann Bahr. Kein Stück, das innerlich recht warm macht. Auch kein, das inneren Charakter und damit innere Größe hat. Aber wer erwartet das auch von Hermann Bahr? Er ist im Grunde immer nur Feuilletonist gewesen mit einer feinen Spürnase für das Neue, Kommende; der Mann der überraschenden Wandlungen und Wendungen. Aber er hat nichtsdestoweniger in diesem „Konzert“ der deutschen Bühne ein ausgezeichnetes Lustspiel geliefert, vielleicht das beste, was uns das letzte Jahrzehnt beigeschieden hat. Es hat nicht den echten Humor, jenen, der in die Tiefe des Lebens steigt, das Lachen, aus dem das Rauschen ewiger, verborgener Lebensströme klingt. Es ist ein eigenartig prickelndes Gemisch von Ignominie, Bikanterie und Wohlankständigkeit, von Bohemephilosophie und Biederkeit — Deladenprodukt. Aber es atmet eine fast französische Leichtigkeit des Lustspiels. Lebend, grazios gleiten die Szenen dahin, mit feinen, geschickten Fingern wird das Problem hier geformt, wird die verwickelte Handlung mit gleichbleibender Spannung dem heitern Ausklang zugeführt. Das Stück behandelt die erotische Reizbarkeit eines Künstlers, sein öfteres Straucheln auf dem Pfad ehelicher Tugend. Dies wird hier einmal entschuldigt mit dem faszinierenden Eindruck des Talents auf das schwächere Geschlecht, das sich ihm blind an den Hals wirft, zum andern damit, daß es dieser „ehelichen Irrungen“ bedarf, um der Welt eine scheinbar unvergängliche Jugend und Kraft vorzuheucheln. Gustav Heintz, durch die seltene Klugheit seiner Frau und des „Sonderlings“ Dr. Zura soeben aus einer heiklen Lage befreit, steht sich zum Schluß aufs neue von „zarten“ Banden umstrickt. Das Lustspiel ist überwiegend auf den Dialog gestellt. Und man muß sagen, Bahr zeigt hier eine schwer zu übertreffende Meisterschaft. Ein Feuerregen glänzender Einfälle, treffender Beobachtungen und Paradoxen geht hier nieder; ein Funkenfeld von geistreicher Satire und beißenden Sarkasmen die ganzen drei Akte hindurch. Das weckt dann ein ungemein starkes ästhetisch-intellektuelles Interesse, das erstere Bedenken nicht aufkommen und in das faunische Lächeln des Autors unwillkürlich mit einstimmen läßt.

Die Aufführung hatte im ganzen die prickelnde Leichtigkeit des Tempos in diesem Stück sehr glücklich getroffen. Dem Schauspieler ist hier eine nicht geringe Aufgabe gestellt. Der Schritt zur Karikatur ist hier überaus klein. Aber mit feiner Sicherheit wußte sich Herr Bruno durchweg von Übertreibungen fern zu halten. Er schuf eine vielfach meisterhaft ausgearbeitete Studie des Klaviervirtuosen mit seiner Reizbarkeit, seinen Schwächen, seiner fast kindlichen Unselbstständigkeit. Auf's glücklichste sekundierte ihm Fr. Petke als seine Frau. Sie verstand der reichlich blutleeren Rolle ein sehr starkes Interesse zu sichern. Eine Brachleistung, aus echter Künstlerkraft geflossen, war der Philosoph Dr. Zura des Herrn Fuchs, dem in Fr. Boh als Delina eine annuitige und geschickte Partnerin gegeben war. Auch Fr. Walter als Eva Gerold trat rühmlich hervor, und ebenso muß über die Wiedergabe der übrigen kleineren Rollen anerkennend berichtet werden. Das in erfreulicher Anzahl erschienene Publikum sprach nach jedem Akt in lang anhaltendem Beifall seine lebhafteste Befriedigung über diese mochtagerundete Aufführung aus, die dem Regisseur-talent des Herrn Fuchs ein glänzendes Zeugnis ausstellte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Esmittlich in Lübeck.

Für die rege Teilnahme und reichen Kränzpenden beim Ableben meiner lieben Frau sagen hiermit ihren innigsten Dank

L. Behnke nebst Kinder und Angehörige.

Ein Damen-Maskenanzug zu vermieten. Heisterstraße 46a, L.

Suche per sofort möbl. Zimmer in der Gransford Allee. Angeb. unter K J A an die Exp. d. Bl.

Reparatur, billig u. gut. Federneisen 1,50 Mk. Reinigen . . . 1,50 Mk. Glas . . . 0,30 Mk. G. Reese, Uhrmacher, Sülzstraße 22-24.

Zu verkaufen am Sonntag 2 Sah 5 und 6 Wochen alte Ferkel. H. Bruse, Schönbäckenerstr. 16.

Sonnabend und Sonntag Hehen Ferkel zum Verkauf. Krogers Gasthof, Schwartau.

Seinige gelbe Kartoffeln 5,50 Mk. hochfeine Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln aus frostfreiem Keller, billig, frei Haus. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

C. Heese, L. Jacobsen Nacht. Meierstr. 26, Tel. 1440.

Fischhalle Hansa Fünfhausen 33 empfiehlt sich bei Bedarf an Fischen.

WEISSE WOCHE

Nur noch bis Sonnabend

außergewöhnlich billige Preise

für weisse Waren aus allen Abteilungen.

Rudolph Karstadt

Verband der Langgewerbl.
Mitarbeiter Deutschlands
Zweigverein Lübeck.

Am 9. d. Mts. verstarb unser
langjähriges Mitglied

Heinrich Groth.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnabend
nachmittag 2 1/4 Uhr von der Kapelle
des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Bekanntmachung der Mitglieder im
Gemeinschaftshaus, Altmarsch präzise
1 1/4 Uhr.

Der Vorstand.

Salon-Briketts 100 Stk. 1.10 Mk.
frei Haus
bei Bestellung genügt Postkarte.
C. Prestin, Wickelstraße 33.

Heiße Snackwurst,
Brotwurst } St. 10 Pf.
Leberwurst }
Kopffleisch.
Heinr. Viereck
Büchelstraße 96.

Empfehle diese Woche:
Pa. fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
„ Bratenstücke Pfd. 65 u. 70 „
„ Roastbeef mit Filet Pfd. 70 „
„ Rottfleisch „ 80 „
„ Gulasch „ 70 „
„ Beefsteak „ 100 „
„ Kalbfleisch „ 60 „
„ Schweinsh., Schink. „ 80 „
„ Hammelfleisch „ 80 „
„ Gehacktes „ 70 „
„ Karbonade „ 90 „

T. Atmer,
Schlachtere, Königsstr. 48b.

Möllers
billige Fleischquelle.
Jg. Rindfleisch Pfd. 50 Pfg.
Schweinefleisch Pfd. 70 Pfg.

Achtung
Infolge der sinkenden Schweinepreise
Prima jung. Schweinefleisch,
Bratenstücke Pfd. nur 70 Pf.
Karbonade Pfd. 80 Pfg.
Kalbfleisch 50, Keule 60 Pf.
empfiehlt

F. Schröder
Markthallenstr. 24, früh Königsstr. 48b.

Habe wieder ein
jähr., schönes fettes
Füllen
geschlachtet, wovon ich
meiner werten Kund-

ff. Suppenfleisch ff.
und schöne Bratenstücke,
sowie selten dicke Blomen
bestens empfehle.
Heinr. Dieckvoß,
Cottstraße 12. — Geraruf 1661.

Schluß meines Inventur-Ausverkaufs.

Grosse Posten Haarhesen jetzt 78, 98 und 128 Pfg.	Markt-Taschen enorm billig jetzt 35, 50, 80 und 100 Pfg.	Essteller, Flach und Hel, Satz Schlüssel (8 Stück) 75 Pfg.
Handfeger 38, 48 und 58 Pfg.	Leuwagen 22, 25, 38 und 42 Pfg.	Goldrand-Tassen nur 23 Pfg.
Fußmatten, 85x65 cm nur 28 Pfg.	Strassenhesen nur 42 Pfg.	Tassen, Porzellan, nur 10 Pfg.

Satz Tonnen statt 3.50 nur 2.25 Mk. — Satz Milchtöpfe statt 1.75 jetzt 1.15 Mk.

Bürgerliches Gesetzbuch 10 Pf. | Reuter-Werke 22 Pf. | Kochbuch, ff. gebunden 68 Pf.

Riesen-Bazar.

Breitestr. 33.

Pietro Cagna.

Fernsprecher 1977.

Prima kaffeeleer Rippenspeer
Al. Rauchstücke, geräucherte
Nacken, frische Kohlwurst
sowie sämtliche
Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte.

Oscar Keil

Schlachtere u. Wurstmacherei
mit elektr. Betrieb
Schwart. Allee (Ecke Weithoffstr.)
Fernsprecher 1447

Ger. Schweinebatten

ohne Knochen per Pfund 75 Pfg.
la. Schweinefleisch 75 Pfg.
Bratenstücke, Pfd.
junges fettes Rindfleisch 60 Pf.
Kopffleisch 80 Pf. Scheibenbeefsteak
1 Mt., keine Rauchstücke 85 Pf.
Kohlwurst 60 Pf.
gef. Mettwurst 70 Pf., Leberwurst
70 Pf., Brechwurst 50 Pf.

Bestes weißes Schmalz
von nur eigenen Schlachtungen,
per Pfd. 85 Pf., bei
Abnahme v. 4 Pfd. Pfd. 80 Pf.
Kuhwurst per Pfd. 50 Pf., bei Ab-
nahme von 2 Pfd. per Pfd. 45 Pf.
Schwarzpauer 10 Pf.

M. Lahrtz, Büchelstraße 16.

Spezialität

der Firma

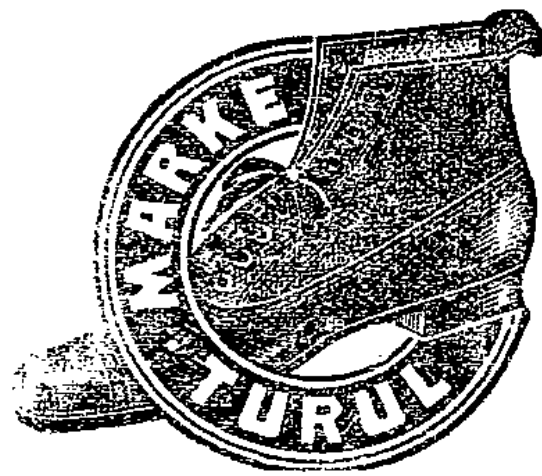
H. H. Holtermann
Lübeck, Marktwiese 4

H. Sommerlanghering

ff. Delikatess-Matjes

— Anchovis —
— Sardinen —
— Sardellen —

Täglich frisch ger. echte
Sprossen, Risse 60 Pfg.
J. Schmedje, Schlemmerstr. 27.



Beste Qualität. — Erprobte Passform.
— Garantie für Haltbarkeit. —

Spezialmarke
Original Goodyear Welt

TURUL-SCHUHFABRIK
ALFRED FRÄNKEL KOM.-GES.

VERKAUFSSTELLE:
LÜBECK
49 Breitestrasse 49.
Filialen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Prima Rippenspeer, ger. Nacken,
„ Rauchstücke, Schinkenspeer in Stücken,
„ dicke Füllrippe, dicke Blomen 80 Pf.
Ein Posten Zerbeltwurst Pfd. 1.- Mt.
Friedr. Paetau
Schlachtere u. Wurstfabrik,
Telephon 573. Mühlenstraße 27.

Reparaturwerkstatt
für Schuhwaren von
Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3.

Neben Reparatur wird auf Wunsch
noch am selben Tage angefertigt.
Deshalb bitte ich meine werthe Kund-
schaft, sowie Freunde und Bekannte,
ihre Aufträge möglichst Anfang der
Woche zu bringen.

Reparaturen — Handarbeit.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinig. 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, mach.
Königsstr. 62, b. d. D. S. S. S. S.
Gebe rote Rabattmark.

Durch vorteilhaften Abschluss
meiner

Konserven

(erstklassige Ware)
kann ich noch billig abgeben:
2 Pfd. la. Brehbohnen 30 Pf.
1 Pfd. la. ja. Erbsen 30 Pf.
2 Pfd. do. 40-140 Pf.
1 Pfd. Spargel m. Kopf 50 Pf.
2 Pfd. do. 90-150 Pf.
u. s. w.

la. Magdeburger Sauerkraut
2 Pfd. 15 Pf., 10 Pfd. 50 Pf.
Ferner empfehle meine anerkannt
hochfeine Landmettwurst u. Land-
leberwurst sowie
la. Landschinken
im Querschnitt und in Stücken,
fett und mageren Landspeck,
frische hiesige Landeier.
Gebe auf alle **Lübeckmarken**
Waren rote **Lübeckmarken**
C. Heese, L. Jacobsen Nachfl.
Meierstr. 26. Telef. 1440.

Empfehle diese Woche:
Prima junges fettes Ochsenfleisch
Pfd. 60 Pf., prima kernfettes Rind-
fleisch Pfd. 60 Pf., prima junges
Schweinefleisch Pfd. 80 Pf., prima
fettes Hammelfleisch Pfd. 80 Pf.,
Kalbfleisch 50 Pf., Keule 60 Pf.,
Roastbeef mit Filet Pfd. 70 Pf.,
prima übergeschlachtetes Filet
Pfund 1.20 Mt.

Paul Boldt,
Schlachtere
Wahmstraße 22. Fernruf 2133.